

Trägerorganisation für die
Berufsprüfung für Treuhänder

**Lösungsvorschläge für die
Aufgabensammlung 2014
Berufsprüfung für Treuhänder
Zulassungsprüfung**

Inhaltsverzeichnis

Fach 501	Recht Lösungsvorschlag Aufgabe 1	Seiten	3 – 21
Fach 502	Personaladministration Lösungsvorschlag Aufgabe 2	Seiten	22 – 33
Fach 503	Rechnungswesen Grundlagen Lösungsvorschlag Aufgabe 3	Seiten	34 – 49
Fach 504	Grundlagen Steuern Lösungsvorschlag Aufgabe 4	Seiten	50 – 60

Fach 501 Recht

Lösungsvorschlag Aufgabe 1

Eine Begründung der Antworten sowie die Angabe von Gesetzesartikeln sind nur erforderlich, wo sie ausdrücklich verlangt werden. **Wo ein Gesetzesartikel zu nennen ist, muss das Zitat so genau wie möglich sein, z.B. Art. 24 Abs. 1 Ziff. 2 OR (für den Irrtum über die Sache) und nicht nur Art. 24 OR. Ungenaue oder unvollständige Gesetzeszitate führen zu Abzügen bei den Punkten bzw. zu keiner Punktezuteilung.** Die offiziellen Abkürzungen der Gesetze (z.B. OR, ZGB, etc.) dürfen und sollen verwendet werden.

Wird die Angabe eines oder mehrerer Gesetzesartikel verlangt, wird die Fragestellung immer das Plural verwenden (z.B. Nennen Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen), auch wenn u.U. nur eine Bestimmung von Bedeutung ist. Werden bei einer Frage mehrere Antworten verlangt, so kann eine falsche Antwort zu Punktabzügen führen. **Wo eine Begründung der Antwort verlangt wird, werden nur begründete Antworten gewertet! VIEL ERFOLG!**

Recht

Aufgabe 1

(7 Punkte)

Sie sind Mandatsleiter in einem mittelgrossen Treuhandbüro. In Ihrem Team arbeitet auch Peter mit, welcher den Fachausweis Treuhand erlangen möchte und sich derzeit auf die Zulassungsprüfung vorbereitet. Über das letzte Wochenende hat er Rechtskunde gelernt und dabei hat er sich ein paar Fragen notiert, mit welchen er nun an Sie gelangt. Beantworten Sie ihm die nachfolgenden Fragen in zwei bis drei Sätzen.

- a) „Können Sie mir erläutern, welches die allgemeinen Merkmale der Personengesellschaften sind und mir drei Arten von Personengesellschaften aufzählen?“

Unter einer Personengesellschaft versteht man den gesellschaftsrechtlichen Zusammenschluss von mindestens zwei Personen (Gesellschafter), die unter einer gemeinsamen Firmenbezeichnung ein Gewerbe betreiben oder ein gemeinsames Ziel mit vereinten Kräften erreichen wollen (in erster Linie einfache Gesellschaft). Dabei sind die Gesellschafter zentral, die mit dem Gesellschaftsvermögen und ihrem Privatvermögen haften. [Eine Ausnahme bildet der Kommanditär (bei der Kommanditgesellschaft), dessen Haftung auf die im Handelsregister eingetragene Haftungssumme begrenzt ist.]

Einfache Gesellschaft, Kollektivgesellschaft, Kommanditgesellschaft.

[Korrekturhinweis: Die Antworten dürfen in zwei bis drei Sätzen erfolgen (siehe Aufgabenstellung). Daher grosszügig korrigieren. Gilt für die gesamte Aufgabe 1.]

=> 0.75 Punkte für die korrekte Antwort

=> 0.25 Punkte pro Personengesellschaft, max. 0.75 Punkte

=> Total maximal 1.50 Punkte

- b) „Worin besteht der Unterschied zwischen natürlichen Personen und juristischen Personen und können Sie mir ein Beispiel für eine natürliche Person und fünf Arten von juristischen Personen aufzählen?“

Als Personen im juristischen Sinn unterscheidet man zwischen zwei Gruppen: natürliche Personen (= Privatpersonen, Menschen) und juristische Personen.

Unterschied:

Natürliche Person: Mensch ab der Geburt bis zum Tod.

Juristische Person: Zusammenschluss von natürlichen oder juristischen Personen oder von Vermögensmassen (Verein, AG, GmbH, etc.).

Das Merkmal sowohl natürlicher als auch juristischer Personen ist ihre Rechtsfähigkeit, d.h. sie sind selbst Träger von Rechten und Pflichten und können folglich selbst vor Gericht klagen (und verklagt werden). Juristische Personen sind einfach ausgedrückt "Unternehmen".

Beispiel für NP: Ein Mensch

Beispiel für JP: Aktiengesellschaft, Kommanditaktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Genossenschaft, Verein, Stiftung.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort betreffend Unterschied

=> 0.25 Punkte für Beispiel NP

=> 0.25 pro 2 Beispiele JP, bei fünf Beispielen 0.75 Punkte

=> Total maximal 1.50 Punkte

- c) "Können Sie mir drei Kapitalgesellschaften aufzählen?"

Im schweizerischen Obligationenrecht werden drei verschiedene Kapitalgesellschaften definiert; die Aktiengesellschaft (AG), die Kommanditaktiengesellschaft und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).

=> 0.25 Punkte pro Aufzählung

=> Total maximal 0.75 Punkte

- d) "Wie kann man zwischen einseitigem und zweiseitigem bzw. mehrseitigem Rechtsgeschäft (nicht Vertrag, siehe Aufgabe 1e)!) unterscheiden? Können Sie mir je ein Beispiel machen?"

Einseitige Rechtsgeschäfte enthalten die Willenserklärung einer Person.

Beispiele: Auslobung, Bevollmächtigung, Errichtung einer Stiftung, Testamenterrichtung, Gestaltungsrechte.

Zweiseitige oder mehrseitige Rechtsgeschäfte enthalten Willenserklärungen zweier oder mehrerer Personen.

Beispiel: Zu den mehrseitigen Rechtsgeschäften gehört u.a. der Vertrag.

=> 0.25 Punkte für die korrekte Antwort betreffend Unterschied

=> 0.25 Punkte pro Beispiel

=> Total maximal 0.75 Punkte

- e) "Wie kann man zwischen einseitigem und zweiseitigem Vertrag (nicht Rechtsgeschäft, siehe Aufgabe 1d)!) unterscheiden? Können Sie mir je ein Beispiel machen?"

Während ein einseitiger Vertrag eine Person zur Leistung verpflichtet (z.B. Schenkung), sind es beim zweiseitigen Vertrag beide Parteien (z.B. Kauf).

=> 0.25 Punkte für die korrekte Antwort betreffend Unterschied

=> 0.25 Punkte pro Beispiel

=> Total maximal 0.75 Punkte

- f) "Können Sie mir den Unterschied zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht erläutern und mir je ein Gesetz aus dem entsprechenden Bereich nennen?"

Öffentliches Recht ist zwingendes Recht und nicht unter den Parteien verhandelbar. Es regelt die Beziehungen zwischen Bürger und Staat; der Einzelne steht in einem Unterordnungsverhältnis zum Staat (Subordinationstheorie).

Mögliche Gesetze: SchKG, StGB, DBG, etc.

Privatrecht ist hauptsächlich im ZGB und OR geregelt (Personenrecht, Familienrecht, Erbrecht, Sachenrecht, Obligationenrecht) und regelt die Rechtsbeziehung zwischen gleichgestellten Rechtssubjekten.

Mögliche Gesetze: OR, ZGB, VVG, etc.

=> 0.50 Punkte für die korrekte Antwort betreffend Unterschied

=> 0.25 Punkte pro Beispiel

=> Total maximal 1.00 Punkte

- g) "Auf welche drei Arten kann eine Obligation entstehen? Können Sie mir je ein konkretes Beispiel machen?"

Die drei Entstehungsgründe für Obligationen sind: Vertrag, unerlaubte Handlung und ungerechtfertigte Bereicherung.

Mögliche Beispiele: Ich schliesse einen Kaufvertrag ab. Beim Parkieren verursache ich bei einem parkierten Fahrzeug eine Beule. Ich zahle eine Rechnung doppelt.

=> 0.25 Punkte pro Antwort mit Beispiel

=> Total maximal 0.75 Punkte

Aufgabe 2**(2.5 Punkte)**

Erläutern Sie im Zusammenhang mit einem Erbgang stichwortartig die Begriffe "Ausgleichung" und "Herabsetzung". Nennen Sie auch den wichtigsten Unterschied.

Ausgleichung

Der Erblasser ist grundsätzlich frei, über sein Vermögen zu Lebzeiten zu verfügen. So kann er auch Schenkungen oder andere unentgeltliche Vermögensentäusserungen vornehmen. Werden solche Vermögensvorteile an gesetzliche Erben gewährt, unterstehen sie den Ausgleichsvorschriften gemäss Art. 626 ff. ZGB.

Die Nachkommen – Kinder, Enkel, etc. – haben gemäss Art. 626 Abs. 2 ZGB alles zur Ausgleichung zu bringen und sich an ihren Erbanteil anrechnen zu lassen, was sie als Heiratsgut, Ausstattung oder durch Vermögensabtretung oder Schulderlass vom Erblasser zu Lebzeiten erhalten haben (z. B. Erbvorbezüge von Geldbeträgen, Gegenständen, Grundstücken, etc.). Der Erblasser kann seine Nachkommen jedoch ausdrücklich von dieser Ausgleichungspflicht befreien, was zur Begünstigung gegenüber den übrigen Miterben führt. Bei solchen Begünstigungen kommen jedoch allenfalls die Vorschriften über die Herabsetzung zur Anwendung.

Die übrigen gesetzlichen Erben (Ehepartner, Eltern, Geschwister) haben nur diejenigen Vermögenswerte zur Ausgleichung zu bringen, die sie vom Erblasser mit der ausdrücklichen Auflage zur Ausgleichung erhalten haben (Art. 626 Abs. 1 ZGB).

Herabsetzung

Hat der Erblasser seine Verfügungsbefugnis (mit Testament oder Erbvertrag) überschritten und erhalten seine pflichtteilsgeschützten Erben ihren Pflichtteil aus diesem Grund nicht, können diese die Herabsetzung der Verfügung – soweit bis ihr Pflichtteil wieder gewährleistet ist – verlangen (Art. 522 ff. ZGB).

Der Herabsetzung unterliegen, wie die Verfügungen von Todes wegen, verschiedene lebzeitige Verfügungen:

1. die Zuwendungen an Nachkommen, welche von der Ausgleichungspflicht befreit worden sind
2. Erbabfindungen und Auskaufsbeträge
3. Schenkungen (ohne Gelegenheitsgeschenke), die der Erblasser frei widerrufen konnte, oder die er während der letzten fünf Jahre vor seinem Tode ausgerichtet hat
4. Entäusserungen von Vermögenswerten, die der Erblasser offenbar zum Zwecke der Umgehung der Verfügungsbeschränkung vorgenommen hat (vgl. Art. 527 ZGB).

In erster Linie unterliegen die Verfügungen von Todes wegen (im gleichen Verhältnis) und erst in zweiter Linie die Zuwendungen unter Lebenden (chronologisch, die späteren vor den früheren) der Herabsetzung, bis zur Herstellung des Pflichtteils.

Wichtigster Unterschied

Die Ausgleichung kommt auch ohne Pflichtteilsverletzung zum Zuge. Die Herabsetzung hingegen ausschliesslich sofern die Pflichtteile verletzt wurden.

[Korrekturhinweis: Die Kandidaten müssen nicht so detailliert antworten, sondern Stichworte genügen. Vielmehr ist bereits die volle Punktzahl zu erteilen, wenn die Erläuterungen den Schluss zulassen, dass die Begriffe unterschieden werden können und der wichtigste Unterschied (wobei nicht zwingend der oben aufgeführte Unterschied erwähnt werden muss) genannt wird.]

=> 1.00 Punkte pro Erläuterung

=> 0.50 Punkte für Unterschied

=> Total maximal 2.50 Punkte

Aufgabe 3**(5.5 Punkte)**

Maurizio ist ein richtiger Velo-Freak. Jedes Frühjahr kauft er sich eines der neusten Mountain-Bike-Modelle, welche er dann im Herbst, zu Ende der Bike-Saison, wieder verkauft. Im Frühjahr 2014 hat er sich ein voll ausgerüstetes Bike für CHF 7'500.-- gekauft, welches er am 30. Oktober 2014 an Sergio für CHF 4'000.-- verkauft. Die beiden haben einen schriftlichen Kaufvertrag abgeschlossen und darin vereinbart, dass Maurizio das Fahrrad sofort übergibt und Sergio bis Ende 2014 den Kaufpreis von CHF 4'000.-- bezahlt. Tatsächlich übergibt Maurizio am 1. November 2014 das Fahrrad an Sergio.

- a) Gehen Sie für diese Teilaufgabe davon aus, dass Sergio die CHF 4'000.-- am 22. Dezember 2014 bezahlt hat. An welchem Tag (Datum) wird Sergio Eigentümer des Fahrrads? Begründen Sie Ihre Antwort indem Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Für die Eigentumsübertragung bei beweglichen Sachen ist ein Verpflichtungsgeschäft zur Eigentumsübertragung erforderlich (Kaufvertrag, Tauschvertrag, Schenkung) und die Übergabe des Besitzes. Ohne Vereinbarung eines Eigentumsvorbehalts spielt die Zahlung keine Rolle. Ebenso spielt der Übergang von Nutzen und Gefahr (Art. 185 OR) eine Rolle.

Die korrekte Antwort lautet demnach: **1. November 2014**; Art. 714 Abs. 1 ZGB.

=> 0.25 Punkte für korrektes Datum

=> 0.50 Punkte für korrekte Bestimmung

=> Total maximal 0.75 Punkte

- b) An welchem Tag (Datum) wird die Zahlung von Sergio fällig? Beantworten Sie die Frage indem Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Gemäss Sachverhalt wurde eine Vorleistungspflicht von Maurizio vereinbart. Er hat zuerst das Fahrrad zu übergeben und erst zu einem zweiten Zeitpunkt hat Sergio die Zahlung vorzunehmen. Es liegen also kein Vorauszahlungsvertrag und auch kein „Zug-um-Zug“-Geschäft vor.

Die korrekte Antwort lautet demnach: Die Zahlung ist **am 31. Dezember 2014 fällig**; Art. 211 Abs. 1 OR, Art. 213 Abs. 1 OR, Art. 75 OR oder Art. 82 OR.

[Korrekturhinweis: Mehr oder weniger kann die Antwort aus all den genannten Bestimmungen entnommen werden. Die Angabe einer dieser Artikel genügt. Allenfalls sind auch andere Bestimmungen als korrekt zu werten.]

=> 0.50 Punkte für korrektes Datum

=> 0.25 Punkte für korrekte Bestimmung

=> Total maximal 0.75 Punkte

- c) Im Januar 2015 hat Sergio den Kaufpreis immer noch nicht bezahlt. Maurizio informiert sich im Internet, was er nun alles unternehmen könnte. Dabei stösst er auf Art. 214 OR. Maurizio will nicht vom Vertrag zurücktreten, möchte von Ihnen aber trotzdem wissen, ob er nun gestützt auf diese Bestimmung vom Vertrag zurücktreten könnte. Liefern Sie Maurizio eine begründete Antwort auf seine Frage.

Maurizio kann gestützt auf Art. 214 OR nicht vom Vertrag zurücktreten. Gemäss Art. 214 Abs. 1 OR steht das Rücktrittsrecht zur Verfügung, wenn eine Vorausbezahlung oder ein Zug-um-Zug-Geschäft vereinbart wurde. Sofern der Besitz bereits übergegangen ist – wie im vorliegenden Fall – so ist mangels ausdrücklicher Vereinbarung im Vertrag auch dann kein Rücktrittsrecht möglich. Maurizio kann also gestützt auf Art. 214 OR nicht vom Vertrag zurücktreten, auch wenn Sergio mit der Zahlung des Kaufpreises in Verzug ist.

=> 1.00 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

- d) Maurizio möchte endlich sein Geld von Sergio erhalten. Allerdings will er die Freundschaft mit Sergio nicht gefährden und will sich mit allfälligen rechtlichen Schritten Zeit lassen. Von Ihnen will er nun wissen, wann seine Forderung gegenüber Sergio verjährt. Beantworten Sie die Frage von Maurizio, indem Sie ihm ein genaues Datum und die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Gemäss Art. 130 Abs. 1 OR beginnt die Verjährung mit der Fälligkeit der Forderung. Die Verjährungsfristen sind in Art. 127 f. OR geregelt. Die allgemeine Verjährungsfrist beträgt 10 Jahre (Art. 127 OR). Hingegen dauert die Verjährungsfrist für "Kleinverkauf von Waren" (Art. 128 Ziff. 3 OR) fünf Jahre. Dabei geht es um Warenlieferungen (im Gegensatz zur Lebensmittellieferung in Ziff. 2) für den Privathaushalt des Schuldners. Aus dem französischen Text («Marchands en détail») ist nicht zu schliessen, dass Gelegenheitsverkäufe durch Private nicht erfasst würden; es geht darum, üblicherweise kurzfristig oder Zugum-Zug abgewickelte Geschäfte geringerer Bedeutung zu erfassen. Umgekehrt sollen wohl geschäftliche Verbindlichkeiten ausgenommen und nur Forderungen aus Lieferung an den Endverbraucher erfasst werden.¹ Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen nicht diese Details kennen, weshalb sowohl die Verjährung von 5 Jahre als auch diejenige von 10 Jahren als richtig betrachtet wird.

Korrekte Antwort Variante 1: 1. Januar 2020 [auch als korrekt erachtet wird 31. Dezember 2019]; Art. 128 Ziff. 3 OR.

Korrekte Antwort Variante 2: 1. Januar 2025 [auch als korrekt erachtet wird 31. Dezember 2024]; Art. 127 OR.

=> 0.50 Punkte für korrektes Datum

=> 0.50 Punkte für korrekte Bestimmung

=> Total maximal 1.00 Punkt

¹ http://www.eugenbucher.ch/pdf_files/Bucher_ORAT_25.pdf

- e) Maurizio möchte von Ihnen wissen, wie er die Verjährung ohne zutun von Sergio im konkret vorliegenden Fall unterbrechen könnte. Nennen Sie ihm zwei Möglichkeiten und erläutern Sie ihm die Folgen der Verjährungsunterbrechung.

Die Antworten ergeben sich aus Art. 135 und 136 OR (Artikel müssen nicht genannt werden!). Im konkreten Fall kann die Verjährung durch **Schuldbetreibung** und **Schlichtungsgesuch** unterbrochen werden. Die Antwort "**Klage** [vor staatlichem Gericht]" wird auch als korrekt betrachtet. Hingegen werden die Antworten "Einrede", „Klage vor Schiedsgericht“ oder „Eingabe im Konkurs“ als falsch gewertet, weil im konkreten Fall nicht von Bedeutung.

Die Verjährungsunterbrechung hat zur Folge, dass dieselbe Verjährungsfrist neu zu laufen beginnt.

=> **0.50 Punkte pro korrekte Möglichkeit, maximal 1.00 Punkt**

=> **0.50 Punkte für korrekte Erläuterung der Folgen**

=> **Total maximal 1.50 Punkte**

- f) Im September 2015 hat Maurizio genug vom Warten, weshalb er ein Betreibungsbegehren beim zuständigen Betreibungsamt einreichen will. Maurizio möchte von Ihnen wissen, ob er Anspruch auf Verzugszinsen hat. Geben Sie Maurizio entsprechend Auskunft indem Sie ihm auch die massgeblichen Gesetzesbestimmungen angeben.

Maurizio darf ab Fälligkeit Verzugszinsen von 5% verlangen. Grundlage dafür bildet Art. 73 Abs. 1 OR.

[Korrekturhinweis: Die Höhe der Verzugszinsen sind nicht zwingend anzugeben.]

=> **0.25 Punkte für korrekte Antwort**

=> **0.25 Punkte für korrekte Gesetzesbestimmung**

=> **Total maximal 0.50 Punkte**

Aufgabe 4**(4 Punkte)**

Pietro Infedele und Chiara Infedele sind seit 2006 verheiratet und unterliegen dem ordentlichen Güterstand. Einen Ehevertrag haben die Ehegatten Infedele nicht abgeschlossen. Aufgrund verschiedener ausserehelicher Beziehungen von Chiara in den vergangenen Jahren sind unter den Ehegatten Spannungen aufgetreten, welche letztlich zur bevorstehenden Trennung geführt haben.

- a) Ordnen Sie die folgenden Vermögenswerte den vier Vermögensmassen zu. Nutzen Sie dazu die nachfolgende, vorgefertigte Tabelle. In der ersten Zeile sind die vier Vermögensmassen zu bezeichnen, wobei im ersten und vierten Feld die Vermögensmassen einzutragen sind, welche bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung nicht geteilt werden. In den mittleren Spalten hingegen sind die Vermögensmassen einzutragen, welche bei Auflösung des Güterstandes typischerweise geteilt werden. Sie können davon ausgehen, dass die einzelnen Vermögenswerte nachweislich den einzelnen Vermögensmassen zugeordnet werden können.
- aa) Chiara hat im 2007 von ihren Eltern CHF 150'000.-- als Schenkung erhalten. Das Geld liegt seither auf einem extra eröffneten Sparkonto. Aufgrund der Zinsen beläuft sich der derzeitige Saldo auf CHF 153'773.--.
- bb) Pietro besitzt seit 1999 einen alten Porsche im aktuellen Wert von CHF 40'000.--. Im Zeitpunkt der Eheschliessung hatte er einen Wert von CHF 20'000.--. Der Mehrwert ist nicht auf Restaurationen oder Investitionen zurückzuführen, sondern hat rein konjunkturelle Ursachen.
- cc) Pietro hat im 2008 ein Mehrfamilienhaus geerbt. Im 2008 betrug der Nettowert (Verkehrswert abzüglich Hypothek) CHF 1'300'000.--. Der heutige Nettowert, bei gleichbleibender Hypothek, beträgt CHF 1'550'000.--, ohne dass wertvermehrende Investitionen oder Unterhaltsarbeiten getätigt wurden. Der Mehrwert hat mit anderen Worten rein konjunkturelle Ursachen.
- dd) Mit den Mietzinseinnahmen aus dem Mehrfamilienhaus hat Pietro jeweils die Hypothekarzinsen und sonstige Abgaben und Lasten im Zusammenhang mit dem Haus beglichen. Den Überschuss (seit dem Erbgang im 2008) im Umfang von CHF 110'000.-- hat Pietro auf einem separaten Konto belassen.
- ee) Im August 2014 wurde Pietro unverschuldeterweise in einen Verkehrsunfall verwickelt. Aus diesem Ereignis schuldet ihm die Haftpflichtversicherung des Unfallverursachers noch CHF 8'000.-- für den erlittenen Lohnausfall und eine Genugtuung von CHF 5'000.--.

ff)

	Eigengut von Pietro	Errungenschaft von Pietro	Errungenschaft von Chiara	Eigengut von Chiara
aa)			3'773	150'000
bb)	40'000			
cc)	1'550'000			
dd)		110'000		
ee)	5'000	8'000		

=> 0.25 Punkte für Errungenschaft (nur einmal Punkte)

=> 0.25 Punkte für Eigengut (nur einmal Punkte)

=> 0.25 Punkte pro korrekte Zeile, maximal 1.25 Punkte

=> Total maximal 1.75 Punkte

- b) Nebst den erwähnten Vermögenswerten verfügt Pietro Infedele über ein bei der Vorsorgeeinrichtung vorhandenes Sparguthaben von CHF 235'500.--, wovon CHF 82'000.-- während der Ehe angespart wurden. Chiara Infedele hingegen verfügt über ein Sparguthaben bei der Vorsorgeeinrichtung von CHF 125'393.--, wovon CHF 22'000.-- während der Ehe angespart wurden. Beide Ehegatten sind noch berufstätig und es ist noch kein Vorsorgefall eingetreten.

Führen Sie für die Ehegatten Infedele die güterrechtliche Auseinandersetzung aufgrund der vorliegenden Angaben und Ihrer Lösung zur Teilaufgabe 4a) durch. Wie viel bekommt Pietro vom gesamten Vermögen und wie viel Chiara? Begründen Sie Ihre Antwort stichwortartig.

Die Ausführungen zu den Vorsorgeguthaben spielen bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung keine Rolle. Pietro behält sein gesamtes Eigengut (CHF 1'595'000.--) und die Hälfte des Vorschlags (CHF 60'886.50); insgesamt also CHF 1'655'886.50. Chiara behält ebenfalls ihr Eigengut (CHF 150'000.--) und bekommt die Hälfte des Vorschlags (CHF 60'886.50); insgesamt also CHF 210'886.50.

=> Folgefehler aus Teilaufgabe 4a) zugunsten der Kandidaten berücksichtigen

=> Nur geringer Punktabzug für Miteinbezug der Sparguthaben

=> 0.75 Punkte für korrekten Betrag Pietro

=> 0.75 Punkte für korrekten Betrag Chiara

=> 0.75 Punkte für stichwortartige Begründung

=> Total maximal 2.25 Punkte

Aufgabe 5

(4 Punkte)

Alexander ist seit 2007 mit Brigitte verheiratet. Von 1999 bis zur Scheidung im 2005 war Alexander mit Christina verheiratet. Aus erster Ehe hat Alexander den 13-jährigen Sohn Damian, welcher jedoch seit der Scheidung jeglichen Kontakt mit ihm verweigert. Mit Brigitte hat Alexander zwei weitere Kinder, den Sohn Eric (6 Jahre) und die Tochter Franziska (3 Jahre). Brigitte war auch schon einmal verheiratet und hat aus erster Ehe die volljährige Tochter Gertrud. Heute verstirbt Alexander an den Folgen einer Erkrankung.

- a) Gehen Sie davon aus, dass Alexander keine letztwillige Verfügung verfasst hat und auch kein Erbvertrag vorliegt. Zählen Sie auf, welche Personen Erbenstellung haben. Nur die Namen aufzählen.

Brigitte, Damian, Eric und Franziska.

=> 0.25 Punkte für Brigitte

=> 0.25 Punkte für Kinder

=> Total maximal 0.50 Punkte

- b) Gehen Sie davon aus, dass Alexander keine letztwillige Verfügung verfasst hat und auch kein Erbvertrag vorliegt. Wie hoch wären die einzelnen Erbquoten für die Erben (bitte geben Sie nur die genauen Quoten in Bruchform und den jeweiligen Namen an)?

Brigitte $\frac{1}{2}$, Damian $\frac{1}{6}$, Eric $\frac{1}{6}$, Franziska $\frac{1}{6}$

=> 0.25 Punkte für Quote Brigitte

=> 0.25 Punkte für Quote Kinder

=> Total maximal 0.50 Punkte

- c) Angenommen, Alexander hat kurz nach seiner Erkrankung ein Testament verfasst, um damit den grösstmöglichen Teil seines Nachlasses Eric und Franziska zukommen zu lassen. Wieviel würde nun jeder der Erben erhalten? Erläutern Sie stichwortartig Ihren Lösungsweg.

Damit Eric und Franziska möglichst viel erhalten, müssen Brigitte und Damian auf den Pflichtteil gesetzt werden. Dieser beträgt bei Brigitte $\frac{1}{4}$ ($\frac{1}{2} \cdot \frac{1}{2} = \frac{1}{4} = \frac{2}{8}$) und bei Damian $\frac{1}{8}$ ($\frac{1}{6} \cdot \frac{3}{4} = \frac{3}{24} = \frac{1}{8}$). Das heisst es bleiben für Eric und Franziska noch $\frac{5}{8}$, sprich je $\frac{5}{16}$ übrig ($1 - \frac{2}{8} - \frac{1}{8}$).

Brigitte $\frac{1}{4}$, Damian $\frac{1}{8}$, Eric $\frac{5}{16}$ und Franziska $\frac{5}{16}$.

=> 0.25 Punkte für Erbteil Brigitte

=> 0.25 Punkte für Erbteil Damian

=> 0.25 Punkte für Erbteil Eric und Franziska (gemeinsam 0.25 Punkte)

=> Lösungsweg 0.50 Punkte

=> Total maximal 1.25 Punkte

- d) Beurteilen Sie – unabhängig von den obigen Teilaufgaben – die Gültigkeit des nachfolgenden handschriftlichen Testaments von Alexander. Sie können davon ausgehen, dass der gesamte Text handschriftlich von Alexander verfasst wurde. Begründen Sie stichwortartig Ihre Antwort – unabhängig davon, ob Sie das Testament als gültig oder als ungültig einstufen.

Testament von Alexander Müller

Hiermit bestimme ich, dass sämtliche gesetzliche Erben nur den Pflichtteil erhalten sollen. Im übrigen sollen CHF 10'000 an die Krebsliga Schweiz und der Rest meinem Patenkind Bruno Rossi in Fribourg zukommen. Der Pflichtteil von Franziska soll den Familienschmuck beinhalten, welchen ich meinerseits von meiner Mutter geerbt habe.

30. August 2014

Alexander Müller
[Unterschrift]

Das Testament ist gültig, zumal es vollständig von Hand geschrieben, datiert und unterzeichnet ist.

[Korrekturhinweis: Es müssen nicht alle Punkte für die Gültigkeit aufgezählt werden. Zwei Punkte genügen für die volle Punktzahl.]

=> 0.50 Punkte pro Begründungsteil

=> Total maximal 1.00 Punkte

- e) Die Behandlung war kostspielig. Beim Tod von Alexander befürchten die Erben, dass mehr Passiven als Aktiven vorhanden sind. Was empfehlen Sie den Erben, damit sie einerseits kein Risiko eingehen, um Schulden zu erben und andererseits nicht unnötig auf ein allfälliges Erbe verzichten?

Wenn wie im vorliegenden Fall Unklarheit besteht, ob der Nachlass überschuldet ist oder nicht, so kann ein öffentliches Inventar gemäss Art. 580 ff. ZGB verlangt werden. Dadurch wird Klarheit verschafft, ob der Nachlass überschuldet ist oder nicht.

=> 0.75 Punkte für korrekte Antwort (Achtung: Gesetzesartikel nicht verlangt!)

Aufgabe 6**(4 Punkte)**

Die ART-Immo AG ist unter anderem Eigentümerin einer Liegenschaft in Bulle. Eine der Wohnungen der betreffenden Liegenschaft ist an Serge vermietet. Die für die Immobilienverwaltung zuständige Sachbearbeiterin stellt am 15. September 2014 fest, dass Serge die Monatsmieten für August und September 2014 noch nicht bezahlt hat. Gemäss schriftlichem Mietvertrag ist der Mietzins jeweils am Ende des Monats für den darauffolgenden Monat fällig. Die vertraglich vereinbarten Kündigungsstermine, bei einer Kündigungsfrist von 4 Monaten, sind der 31. März und der 30. September.

- a) Die Sachbearbeiterin meldet sich telefonisch bei Serge und erkundigt sich nach dem Grund des Zahlungsausstands. Serge teilt der Sachbearbeiterin mit, dass er die Wohnung ab dem 1. Juli 2014 mit schriftlicher Zustimmung der ART-Immo AG an Pierre untervermietet habe. Er reicht der Sachbearbeiterin sowohl eine Kopie dieser schriftlichen Zustimmung als auch eine Kopie des Untermietvertrages ein. Serge teilt der Sachbearbeiterin nun mit, dass die Verantwortung der Zahlung des Mietzinses beim Untermieter Pierre liege und sie sich an ihn wenden solle.

Liegt Serge mit seiner Ansicht richtig? Begründen Sie Ihre Antwort.

Serge liegt mit seiner Ansicht falsch. Für den Abschluss eines Untermietvertrages benötigt man zwar die Zustimmung des Vermieters (Art. 262 OR), jedoch bleibt der (Haupt-)Mieter Vertragspartner des Vermieters und damit hat dieser die Miete zu zahlen bzw. für die Folgen der Nichtbezahlung einzustehen.

=> 1.00 Punkt für korrekte Antwort mit Begründung

- b) Die Sachbearbeiterin wendet sich mit einem eingeschriebenen Brief mit folgendem Inhalt sowohl an Serge als auch an Pierre: „Sehr geehrte Herren, mittlerweile haben wir den 22. September 2014 und die Monatsmieten für August und September 2014 sind immer noch nicht eingetroffen. Ich bitte Sie, bis Ende dieses Monats sowohl die Mieten für August, September und Oktober 2014 zu überweisen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.“ Am 5. November 2014 sind immer noch keine Zahlungen eingetroffen. Die Sachbearbeiterin schickt daraufhin Serge per Einschreiben die Kündigung des Mietvertrages per Ende Dezember 2014. Serge macht umgehend nach Erhalt der Kündigung geltend, dass gemäss Vertrag eine Kündigung nur per Ende März oder Ende September möglich sei.

Wie beurteilen Sie die Rechtslage? Begründen Sie Ihre Antwort und geben Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Es geht hier um eine Kündigung wegen Zahlungsrückstand des Mieters (Art. 257d OR). Gemäss Art. 257d Abs. 2 OR kann der Vermieter einer Wohnung, im Falle von Zahlungsrückstand des Mieters, ausserterminlich unter Einhaltung von einer Frist von mindestens 30 Tagen auf das Ende eines Monats den Mietvertrag kündigen. Vorausgesetzt wird jedoch, dass die formellen Schritte von Abs. 1 eingehalten werden; einerseits ist mit der Mahnung die Kündigungsandrohung auszusprechen und andererseits ist dem Mieter dabei eine Zahlungsfrist von 30 Tagen zu gewähren (bei Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten). Im vorliegenden Fall wurden beide formellen Schritte nicht eingehalten. Daher ist die Kündigung per Ende Dezember 2014 nicht zulässig.

=> **1.00 Punkt für korrekte Antwort mit Begründung**

=> **0.50 Punkte für Gesetzesbestimmung**

=> **Total maximal 1.50 Punkte**

- c) Gehen Sie davon aus, dass Serge die Wohnung nicht untervermietet und alle Mietzinsen pünktlich überwiesen hat. Im Übrigen gilt dieselbe Ausgangslage wie oben. Am 3. Dezember 2014 verstirbt Serge. Die Erben von Serge wollen von Ihnen nun wissen, was allenfalls zu unternehmen ist, um den Mietvertrag aufzulösen und per wann der Vertrag frühestens endet. Beantworten Sie die Frage der Erben, begründen Sie Ihre Antwort stichwortartig und geben Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen an.

Mit dem Tod des Mieters endet der Mietvertrag nicht automatisch. Massgeblich ist Art. 266i OR, demnach können die Erben mit der gesetzlichen Frist (nicht vertraglichen Frist) auf den nächsten gesetzlichen Termin (nicht vertraglichen Termin) kündigen. Die gesetzliche Frist beträgt 3 Monate. Einen gesetzlichen Termin gibt es nicht, jedoch dürfte Ende März überall einen gesetzlichen Termin darstellen. Daher endet der Vertrag **frühestens per Ende März 2015**, sofern die Erben vor Ende Dezember 2014 der Vermieterin die Kündigung einreichen.

=> **1.00 Punkt für korrekte Antwort mit Begründung**

=> **0.50 Punkte für Gesetzesbestimmung**

=> **Total maximal 1.50 Punkte**

Aufgabe 7**(5 Punkte)**

Ludmilla Heiser hat am 1. September 2014 ihre neue, unbefristete Arbeitsstelle in der Anwaltskanzlei Meier & Partner in Luzern angetreten. Sie ist dort als Anwaltssekretärin angestellt. Ein schriftlicher Arbeitsvertrag besteht nicht.

- a) Bereits am 18. September 2014 ist Ludmilla für neun Tage krankheitsbedingt arbeitsunfähig. Hat Ludmilla für diese neun Tage trotzdem Anspruch auf Lohn (Versicherungen sind nicht zu berücksichtigen)? Begründen Sie Ihre Antwort.

Es geht hier um die Lohnfortzahlung gemäss Art. 324a Abs. 1 und 2 OR. Diese greift im vorliegenden Fall nicht, weil der Vertrag nicht für mehr als drei Monate eingegangen wurde und auch nicht mehr als drei Monate gedauert hat (Abs. 1). Ludmilla bekommt also für diese neun Tage keinen Lohn.

=> 1.00 Punkt für korrekte Antwort mit Begründung

- b) Ende September 2014 bekommt Ludmilla von der Arbeitgeberin den Lohn für den Monat September und eine entsprechende Abrechnung. Eigentlich hatte Ludmilla zusätzlich eine Art schriftliche Bestätigung über das Bestehen des Arbeitsverhältnisses erwartet. Zumindest hatte ihr eine Freundin mitgeteilt, dass der Arbeitsvertrag nicht schriftlich abgeschlossen werden müsse, aber der Arbeitgeber trotzdem dem Arbeitnehmer schriftlich gewisse Informationen liefern müsse. Hat die Freundin von Ludmilla Recht? Falls ja, nennen Sie die massgeblichen Gesetzesbestimmungen.

Der Arbeitsvertrag muss nicht schriftlich abgeschlossen werden. Trotzdem hat der Arbeitgeber spätestens einen Monat nach Beginn des Arbeitsverhältnisses den Arbeitnehmer schriftlich gewisse Informationen zu liefern (wöchentliche Arbeitszeit, Datum des Beginns des Arbeitsverhältnisses, etc.). Diese Informationspflicht des Arbeitgebers ist in Art. 330b OR geregelt.

Die Freundin von Ludmilla hat also gestützt auf Art. 330b OR Recht.

=> 1.00 Punkte für korrekte Antwort mit Gesetzesbestimmung

- c) Ab dem 3. Oktober 2014 bleibt Ludmilla wiederum krankheitsbedingt dem Arbeitsplatz fern. Die Arbeitgeberin kündigt gleichentags den Arbeitsvertrag auf den nächstmöglichen Termin per eingeschriebenen Brief. Ludmilla ist immer noch krank, als sie das Schreiben erhält und ruft umgehend ihre Kollegin an. Diese teilt ihr mit, dass sie die Kündigung nicht hinnehmen müsse, weil während der krankheitsbedingten Abwesenheit nicht so schnell die Kündigung ausgesprochen werden dürfe.

Wie beurteilen Sie aus rechtlicher Sicht die Kündigung der Anwaltskanzlei? Begründen Sie Ihre Antwort.

Die Kündigung ist gültig, weil sie noch während der Probezeit erfolgt. Der erste Monat eines Arbeitsverhältnisses gilt – mangels anderslautender schriftlicher Vereinbarung (Art. 335b Abs. 2 OR) – als Probezeit. Bei einer effektiven Verkürzung der Probezeit infolge Krankheit – wie im vorliegenden Fall – verlängert sich die Probezeit entsprechend (Art. 335b Abs. 3 OR). Bei Zugang der Kündigung ist daher die Probezeit noch nicht abgelaufen. Daher gilt die Sperrfrist von Art. 336c Abs. 1 OR nicht.

=> 1.50 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung (kein Artikel verlangt!)

- d) Gehen Sie davon aus, dass die Kündigung von Teilaufgabe 7c) nie ausgesprochen wurde und Ludmilla weiterhin in der Anwaltskanzlei tätig ist. Im Mai 2015 findet eine kommunale Abstimmung in Luzern statt, bei welcher die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Einführung einer flächendeckenden Tempo-30-Zone bestimmen dürfen. Zu diesem Thema verfasst Ludmilla einen Leserbrief, welcher in der Tageszeitung von Luzern erscheint. Im Leserbrief äusserst sich Ludmilla für die Einführung dieser Tempo-30-Zone. Dies passt einem der Partner der Anwaltskanzlei überhaupt nicht. Als er den Leserbrief in der Tageszeitung vom 15. April 2015 sieht, kündigt er den Arbeitsvertrag mit Ludmilla fristlos.

Welches sind nun die finanziellen Konsequenzen dieser fristlosen Kündigung aus arbeitsrechtlicher Sicht? Begründen Sie Ihre Antwort.

Die fristlose Kündigung ist einzig aus wichtigen Gründen zulässig (Art. 337 OR). Das Schreiben eines Leserbriefes – ohne weitere „erschwerende“ Umstände – stellt keinen wichtigen Grund dar. Daher ist die fristlose Kündigung zu Unrecht erfolgt. Das Arbeitsverhältnis endet zwar mit der fristlosen Kündigung, Ludmilla hat jedoch gestützt auf Art. 337c Abs. 1 OR Anspruch auf Lohn, wie wenn das Arbeitsverhältnis ordentlich gekündigt worden wäre. Im ersten Dienstjahr beträgt die Kündigungsfrist einen Monat. Daher hätte das Arbeitsverhältnis ordentlich per Ende Mai 2015 gekündigt werden dürfen. Ludmilla hat also Anspruch auf den Lohn bis Ende Mai 2015. Sie muss sich aber anrechnen lassen, was sie allenfalls anderweitig verdient (Art. 337c Abs. 2 OR). Zudem kann Ludmilla, aufgrund der ungerechten fristlosen Kündigung, gestützt auf Art. 337c Abs. 3 OR eine Entschädigung von bis zu sechs Monatslöhnen fordern (in der Praxis würde sie wohl maximal einen bis zwei Monatslöhne als Entschädigung vom Gericht zugesprochen erhalten).

Die finanziellen Konsequenzen sind daher die Lohnzahlung bis Ende Mai 2015 plus eine Entschädigungszahlung von maximal sechs Monatslöhnen.

=> 1.50 Punkte für korrekte Antwort mit Begründung

Aufgabe 8**(2.5 Punkte)**

Mike Müller ist beinahe fünfzig Jahre alt und hatte schon verschiedene Positionen in zahlreichen Unternehmen inne. Unter anderem war er bei der AC Chemie GmbH, bei der IMS Chemie AG und bei der SZ Chemie AG tätig. Bei allen drei dieser genannten Arbeitgeber war Mike Müllerzeichnungsberechtigt.

- a) Bei der AC Chemie GmbH war Mike Müller Handlungsbevollmächtigter. Wie unterschrieb Mike Müller für die AC Chemie GmbH?

Der Handlungsbevollmächtigte ist nur dazu berechtigt, Geschäfte abzuschliessen, welche der Betrieb gewöhnlich mit sich bringt. Die Handlungsvollmacht kann nicht im Handelsregister eingetragen werden. Die Vollmacht wird vom Exekutivorgan (z.B. vom Verwaltungsrat) beschlossen. Der Handlungsbevollmächtigte unterzeichnet mit dem Zusatz: "i.V." (in Vertretung).

Korrekte Antwort:

AC Chemie GmbH

i.V. Mike Müller

=> 0.50 Punkte für korrekte Antwort (kein Abzug falls Firma fehlt)

- b) Bei der IMS Chemie AG war Mike Müller Prokurist. Wie unterschrieb Mike Müller für die IMS Chemie AG?

Der Prokurist ist zu allen Handlungen berechtigt, die der Zweck des Gewerbes mit sich bringen kann. Die Prokura wird im Handelsregister eingetragen. Der Prokurist unterzeichnet mit dem Zusatz: "ppa." (per procura).

Korrekte Antwort:

IMS Chemie AG

ppa. Mike Müller oder pp. Mike Müller

=> 0.50 Punkte für korrekte Antwort (kein Abzug falls Firma fehlt)

- c) Bei der SZ Chemie AG war Mike Müller Direktor. Wie unterschrieb Mike Müller für die SZ Chemie AG?

Bei der AG (und der GmbH) kann die Vertretung auch Angestellten übertragen werden. Die gesetzliche Grundlage bildet Art. 718 Abs. 2 OR (für die GmbH Art. 814 Abs. 5 OR). Direktoren sind im Handelsregister einzutragen (Art. 720 OR).

Korrekte Antwort:
SZ Chemie AG
Mike Müller

=> 0.50 Punkte für korrekte Antwort (kein Abzug falls Firma fehlt)

- d) Für welche der oben aufgeführten Gesellschaften war Mike Müller aufgrund der Vertretungsbefugnis bzw. Zeichnungsberechtigung im Handelsregister eingetragen?

Für die IMS Chemie AG und für die SZ Chemie AG. Siehe Art. 720 OR und Art. 458 OR.

=> 1.00 Punkte für korrekte Antwort

Aufgabe 9

(3 Punkte)

Füllen Sie die nachfolgende Tabelle aus, indem Sie pro Zeile ein Kreuz in der korrekten Spalte setzen.

		Eintrag im Handelsregister freiwillig	Eintrag im Handelsregister zwingend und deklaratorisch	Eintrag im Handelsregister zwingend und konstitutiv
a)	Druckerei Müller, Heerbrugg Umsatz CHF 80'000.--	X		
b)	Druckerei Müller's Erben, Heerbrugg Umsatz CHF. 120'000.--		X	
c)	Treuhandbüro Müller, Heerbrugg Umsatz CHF 240'000.--		X	
d)	Treuhandbüro Müller AG, Heerbrugg Umsatz CHF 110'000.--			X
e)	Anwaltskanzlei Paradeplatz AG, Zürich Umsatz CHF 2'400'000.--			X
f)	Peter Meier ist Inhaber von zwei Einzelfirmen. Mit jeder erzielt er einen Umsatz von CHF 75'000.--		X	

=> 0.50 Punkte pro korrekte Antwort

=> Total maximal 3.00 Punkte

* * * * *

Fach 502 Personaladministration

Lösungsvorschlag Aufgabe 2

Personaladministration

Verfügbare Zeit: 75 Minuten
Maximale Punktzahl: 37.50

Fragenblock 1 (14.50 Punkte)

Die nachfolgenden Fragen sind jeweils unabhängig voneinander zu betrachten und zu beantworten. Nehmen Sie zu jeder Frage kurz Stellung. Gesetzesartikel müssen nur aufgeführt werden, wenn sie verlangt werden.

Aufgabe 1 (4 Punkte)

- a) Nennen Sie vier Faktoren, die bei der Berechnung einer AHV-Rente berücksichtigt werden müssen. (1 Punkt)

Anzahl Beitragsjahre (0.25), Höhe der Einzahlungen/durchschnittlicher massg. AHV-Lohn (0.25), Teuerungsausgleich (0.25), Zivilstand (ledig, verheiratet) (0.25).

- b) Was bedeutet „Splitting“ im Zusammenhang mit der AHV, wie läuft es ab und wie wird eine gesplittete Rente berechnet? (1.25 Punkt)

- Bedeutung: *Einkommensteilung während der Ehe (0.50)*
- Vorgehen: *die Einkommen, welche die beiden Ehegatten während der Ehejahre erzielt haben, aufgeteilt und je zur Hälfte den Ehegatten gutgeschrieben (0.75)*

- c) Bei welchen Ereignissen kommt das „Splitting“ (siehe 1 b) zur Anwendung? (0.75 Punkte)

- *Bei Anspruch einer verheirateten Person auf eine Altersrente*
- *Bei Ehescheidung*
- *Wenn ein Ehegatte stirbt und der andere bereits eine Rente bezieht*

- d) Eine verwitwete Frau erreicht das ordentliche Pensionsalter. Was passiert mit der Witwenrente? (0.50 Punkte)

- *Die Altersrente tritt an die Stelle der Witwenrente*

- e) Haben auch Witwer/Witwen aus eingetragenen Partnerschaften einen Anspruch auf eine Witwer-/Witwenrente im Falle des Todes eines Partners? Begründen Sie Ihre Antwort (0.50 Punkte)

- *Ja, die eingetragene Partnerschaft ist der Ehe gleichgestellt*

Aufgabe 2 (Total 4.50 Punkte)

- a) Herr Kaufmann, Inhaber einer Tiefbaufirma, kommt mit der IV-Verfügung eines Mitarbeiters zu Ihnen, der vor einiger Zeit einen schweren Unfall erlitten hat. Auf der IV-Verfügung finden Sie folgende Angaben: (1 Punkt)

Valideneinkommen: CHF 60'000
Invalideneinkommen: CHF 40'000

Errechnen Sie den IV-Grad und erklären Sie Herrn Kaufmann, ob dieser Mitarbeiter eine IV-Rente erhält oder nicht.

- *IV-Grad: wird nach der Höhe der Erwerbseinbusse berechnet; diese entspricht 33.33% (60'000 = 100%, 40'000 = 66.67%, 100%-66.67%=33.33%) (0.50)*
- *Der Mitarbeiter erhält keine IV-Rente (erst ab 40% IV-Grad) (0.50)*

- b) Frau Nunes, die seit 10 Monaten als Anwaltssekretärin arbeitet, ist seit Antritt der Arbeitsstelle am 1.1.2013 permanent überlastet. Sie hat ihre Lebensfreude verloren und klagt über Antriebslosigkeit und Depressionen. Nach ihrem letzten Arztbesuch erscheint sie am Folgetag nicht zur Arbeit und sendet stattdessen ein Arztzeugnis – sie ist für vier Wochen zu 100% krank geschrieben. (Total 3.50 Punkte)

1. Für wie lange und in welcher Höhe (in %) hat Frau Nunes Anspruch auf Lohn? Begründen Sie Ihre Antwort. (1 Punkt)

- *Die Lohnfortzahlungspflicht besteht für mindestens drei Wochen im ersten Dienstjahr (bei allen Skalen). (0.50)*
- *Der geschuldete Lohn entspricht dem vollen Lohn, also 100% (0.50)*

2. Mit welcher Versicherung könnte sich die Anwaltskanzlei zumindest teilweise gegen die Kosten dieses krankheitsbedingten Ausfalls schützen? (0.50 Punkte)

- *Mit dem Abschluss einer Krankentaggeldversicherung (0.50)*

3. Frau Nunes ist wieder zurück im Arbeitsalltag, muss aber sechs Monate später infolge eines Herzinfarktes erneut aussetzen. Sie wird für drei Monate krank geschrieben.

Die Arbeitgeberin entscheidet, Frau Nunes die Ferien zu kürzen. Wie hoch darf die Kürzung maximal sein? (1 Punkt)

- *Unverschuldete Abwesenheit von 3 Mt. > Kürzung von 1/12 ab und inkl. zweitem Monat*
- *Kürzung beträgt 2/12 vom Ferienanspruch (1.00 Punkt)*

4. Nach gründlicher Untersuchung und unter Beachtung der Krankheitsgeschichte wird Frau Nunes eine IV-Rente zugesprochen und ein IV-Grad von 60% bestätigt.

Wie hoch kann die IV-Rente (der staatlichen Invalidenversicherung) von Frau Nunes maximal ausfallen? Nennen Sie einen Frankenbetrag. (1 Punkt)

- *3/4-Rente (bei IV-Grad 60%)*
- *Jährlich: CHF 21'060 (= 75% von max. AHV-Rente (CHF 28'080))*
- *(Betrag = 1.00) > IV-Grad ist nicht gefragt, aber um die korrekte IV-Rente zu berechnen, müssen die Kandidaten wissen, dass es eine 3/4 –Rente ist.*

Aufgabe 3 (2.00 Punkte)

- a) Erklären Sie stichwortartig den Hauptunterschied einer Pensionskasse mit Beitrags- und einer Pensionskasse mit Leistungsprimat. (0.50 Punkte)

- *Beitragsprimat: Leistungen sind abhängig von den eingezahlten Beiträgen (0.25)*
- *Leistungsprimat: Beiträge richten sich nach den vorgegebenen Leistungen (0.25).*

- b) Nennen Sie die Voraussetzungen für eine BVG-Unterstellung hinsichtlich: (1 Punkt)

- Lohn:
- Alter, nach Art der Beiträge:
- *Erreichen der Eintrittsschwelle (CHF 21'060, zur Orientierung, nicht gefragt) (0.50)*
- *Erreichen des massgebenden Alters (ab 1.1. Alter 17 Risiko) (0.25)*
- *Erreichen des massgebenden Alters (ab 1.1. Alter 24 Risiko und Sparen)(0.25)*

- c) Sind Personen, die eine Arbeitslosenentschädigung beziehen, in der beruflichen Vorsorge gleich versichert wie arbeitstätige Personen? Geben Sie eine ausführliche Antwort – nur Ja/Nein wird nicht bewertet. (0.50 Punkte)

- *Personen, die eine Arbeitslosenentschädigung beziehen, und die Voraussetzungen für die BVG-Unterstellung erfüllen, sind bei der Stiftung Auffangeinrichtung versichert. Sie sind jedoch nur gegen die Risiken Invalidität und Tod versichert.*

Aufgabe 4 (Total 4.00 Punkte)

Herr und Frau Hugi sind seit 16 Jahren verheiratet, haben eine 15-jährige Tochter und leben in Baden, im Kanton Aargau. Nachdem Herr Hugi vor kurzem 50 geworden ist, kommt er mit einigen Fragen zum BVG zu Ihnen. (Total 4 Punkte)

- a) Im Vorsorgeausweis von Herr Hugi steht „voraussichtliches Alterskapital im Alter 65: CHF 292'000 (obligatorischer Teil)“. Herr Hugi möchte wissen, mit welcher jährlichen Altersrente er nach Erreichen des ordentlichen Pensionsalters rechnen könnte (nur obligatorischer Teil, Umwandlungssatz Stand 2014)? Der Rechnungsweg ist aufzeigen. (0.50 Punkte)

- CHF 19'856 (CHF 292'000 x 6.8%)

- b) Um sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen, muss Herr Hugi auf einen Teil seines angesparten BVG-Alterskapitals zurückgreifen (WEF-Vorbezug). Beantworten Sie die nachfolgenden Fragen unter Berücksichtigung folgender Ausgangslage:

- Alter Herr Hugi: 50 Jahre
- Angespartes Alterskapital (=Austrittsleistung): CHF 158'000
- BVG-Einkauf: 22'000 (20.12.2011)
- Datum des gewünschten WEF-Vorbezugs: 20.2.2014

1. Wie hoch ist der maximal mögliche WEF-Vorbezug? (0.50 Punkte)

- CHF 136'000 (CHF 158'000 – CHF 22'000)

Der BVG-Einkauf muss abgezogen werden (Sperrfrist 3 Jahre)

2. Wie hoch wäre der maximal mögliche WEF-Vorbezug, wenn Herr Hugi mit dem WEF-Vorbezug noch zwei Jahre warten würde? Die Altersleistung würde dann CHF 188'000 betragen. (0.50 Punkte)

- CHF 158'000 = Austrittsleistung mit Alter 50

(oder 50% der Austrittsleistung > der höhere von beiden Beträgen)

3. Nehmen Sie an, die Familie würde ihr Haus nach einigen Jahren wieder verkaufen, um in eine Mietwohnung zu ziehen. Was gäbe es hinsichtlich dem getätigten WEF-Vorbezug zu beachten? (1 Punkt)

- Der WEF-Vorbezug muss wieder zurückbezahlt, bzw. das vorbezogene Kapital wieder in die PK eingebracht werden.

c) Weiter möchte Herr Hugi wissen, wie seine Frau im Falle seines Todes vorsorgerechtlich geschützt wäre.

1. Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit Frau Hugi eine Witwenrente (Ehegattenrente) aus der beruflichen Vorsorge erhalten würde (gesetzliche Regelung)? Gehen Sie von den gesetzlichen Mindestbestimmungen aus und nennen Sie deren zwei. (1 Punkt)

- *Der überlebende Ehegatte muss für den Unterhalt mindestens eines Kindes aufkommen. (0.50)*

- *Der überlebende Ehegatte ist älter als 45 Jahre und die Ehe hat mindestens fünf Jahre gedauert. (0.50)*

2. Wie hoch würde die Witwenrente ausfallen (gesetzliche Leistungen)? (0.50 Punkte)

- *Die Witwenrente beträgt gem. gesetzlichem Minimum 60% der errechneten Invalidenrente.*

Fragenblock 2 (11.25 Punkte)

Aufgabe 5

Vor seiner Anstellung als neuer Personalverantwortlicher in einem grösseren Hotelbetrieb wird Herr Kunz auf „Herz und Nieren“ geprüft und muss zeigen, dass er mit den verschiedensten personaltechnischen Herausforderungen vertraut ist. Es sind folgende Aufgaben zu lösen: (Total 8.25 Punkte)

a) Erstellen Sie die Januar-Lohnabrechnung für den Hotelmanager. Berücksichtigen Sie dabei die folgenden Angaben:

- Jahreslohn CHF 130'000 (inkl. 13. Monatslohn)
- BVG: CHF 19'680 (Jahresprämie AG+AN)
- UVG: Berufsunfall 1.5%, Nichtberufsunfall 2.8%
- KTG: 9,5 ‰ (Totalprämie)
- Familienzulagen: Kinderzulage CHF 200, Ausbildungszulage CHF 250
- Pauschalspesen: CHF 350 (monatlich)
- Solidaritätsbeitrag GAV: CHF 89/Jahr

Herr Kunz ist Vater zweier Töchter und eines Sohnes (9-, 11- und 17-jährig), der 13. Monatslohn wird monatlich ausbezahlt, der Beitrag an den GAV wird einmalig jeweils mit der ersten Lohnabrechnung des Jahres abgezogen. Die Sozialversicherungen werden - so weit zulässig - auf die Mitarbeiter überwält.

Zeigen Sie den Rechnungsweg und allfällige Zwischenresultate auf. Die Resultate sind auf CHF 0.05 zu runden. Es werden die einzelnen Schritte des Lösungswegs detailliert bewertet! (3.75 Punkte)

<i>Monatslohn:</i>		<i>CHF 10'000.00 (0.25)</i>
<i>Anteil 13. Lohn:</i>		<i>CHF 833.35 (0.25)</i>
<i>Kinderzulage:</i>		<i>CHF 400.00 (0.25)</i>
<i>Ausbildungszulage:</i>		<i>CHF 250.00 (0.25)</i>
<i>Pauschalspesen:</i>		<i>CHF 350.00 (0.25)</i>
<i>= Bruttolohn:</i>		<i>CHF 11'833.35</i>
<i>AHV-Abzug:</i>	<i>5.15%</i>	<i>CHF 557.90 (0.25)</i>
<i>AIV-Abzug:</i>	<i>1.1%</i>	<i>CHF 115.50 (0.25)</i>
<i>AIV-Z-Abzug:</i>	<i>0.5%</i>	<i>CHF 1.65 (0.50)</i>
<i>BVG-Abzug:</i>		<i>CHF 820.00 (0.25)</i>
<i>NBU-Abzug:</i>	<i>2.8%</i>	<i>CHF 294.00 (0.50)</i>
<i>KTG-Abzug:</i>	<i>0.475%</i>	<i>CHF 51.45 (0.50)</i>
<i>Abzug GAV:</i>		<i>CHF 89.00 (0.25)</i>
<i>= Nettolohn:</i>		<i>CHF 9'903.85</i>

- b) Für den Samstagabend wurde kürzlich eine Bardame eingestellt. Gemäss mündlicher Vereinbarung erhält die Bardame einen Stundenlohn von CHF 28.75 (inkl. aller Zulagen, Entschädigungen). Weisen Sie den Stundenlohn korrekt (detailliert) aus. Der Rechnungsweg ist aufzuzeigen, Resultate sind auf 0.05 CHF zu runden. (1.50 Punkte)

Angaben: Feiertagsentschädigung: 3.2%
 Ferienentschädigung: 4 Wochen
 Anteil 13. Monatslohn: separat auszuweisen

CHF 28.75 entspricht $(100+3.2+8.33+8.33)$ 119.86%

<i>Nettolohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>24.00</i>	<i>(0.25)</i>
<i>Anteil 13. Monatslohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>2.00</i>	<i>(0.25)</i>
<i>Ferienentschädigung:</i>	<i>CHF</i>	<i>2.00</i>	<i>(0.50)</i>
<i>Feiertagsentschädigung:</i>	<i>CHF</i>	<i>0.75</i>	<i>(0.50)</i>

- c) Erstellen Sie die Januar-Lohnabrechnung für die Bardame. Sie hat an 3 Samstagen jeweils 4.25 Stunden und an zwei Freitagen jeweils 3.50 Stunden gearbeitet, einen Vorschuss von CHF 400 bezogen, und zahlt als Teilzeitangestellte 50% des GAV-Solidaritätsbeitrags (Ansätze Sozialversicherungen; siehe a). (2 Punkte)

<i>Nettolohn: (19.75×24.00)</i>	<i>CHF</i>	<i>474.00</i>	
<i>+ Anteil 13. Monatslohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>39.50</i>	
<i>+ Ferienentschädigung:</i>	<i>CHF</i>	<i>39.50</i>	
<i>+ Feiertagsentschädigung:</i>	<i>CHF</i>	<i>15.15</i>	
<i>= Bruttolohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>568.15</i>	<i>(0.50)</i>
<i>- AHV:</i>	<i>CHF</i>	<i>29.25</i>	
<i>- AIV:</i>	<i>CHF</i>	<i>6.25</i>	
<i>- KTG:</i>	<i>CHF</i>	<i>2.70</i>	
<i>- GAV-Beitrag:</i>	<i>CHF</i>	<i>44.50</i>	<i>(0.50)</i>
<i>= Nettolohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>485.45</i>	
<i>- Vorschuss:</i>	<i>CHF</i>	<i>400.00</i>	<i>(0.50)</i>
<i>= Auszahlung:</i>	<i>CHF</i>	<i>85.45</i>	
<i>→Weglassen des NBU-Abzugs:</i>			<i>(0.50)</i>

- d) Herr Meier, der Verwaltungsratspräsident des Hotels, erhält Ende Dezember 2013 sein jährliches VR-Honorar von CHF 18'000 (für die Teilnahme an 12 Sitzungen). Beachten Sie, dass Herr Meier am 30. April 2013 das ordentliche Pensionsalter erreicht hat. Erstellen Sie die Lohnabrechnung für das VR-Honorar. Die einzelnen Rechnungsschritte sind aufzuzeigen. (1 Punkt)

<i>VR-Honorar:</i>	<i>CHF</i>	<i>18'000.00</i>	
<i>AHV-Abzug: $(18'000-11'200 \times 5.15\%)$</i>	<i>CHF</i>	<i>350.20</i>	<i>(0.50)</i>
<i>AIV-Abzug: $(18'000/12 \times 4 \times 1.1\%)$</i>	<i>CHF</i>	<i>66.00</i>	<i>(0.50)</i>
<i>Nettolohn:</i>	<i>CHF</i>	<i>17'583.80</i>	

Aufgabe 6

Um das Wissen von Herrn Kunz zu testen, werden ihm vom Personalverantwortlichen noch einige theoretische Fragen gestellt. (Total 3 Punkte)

- a) Eine Mitarbeiterin hat vor kurzem die Prüfung zur Hotelfachfrau erfolgreich bestanden und erhält dafür eine Anerkennungsprämie von CHF 500 in Form einer zusätzlichen Lohnzahlung. Ist diese Anerkennungsprämie AHV-pflichtig? (0.50 Punkte)

- *Nein, Annerkennungsprämien für bestandene Berufsprüfungen sind nicht ahv-deklarationspflichtig (0.50)*

- b) Wie sähe der Sachverhalt aus, wenn die Mitarbeiterin (siehe a) anstelle der CHF 500 einen goldenen Korkenzieher im Wert von CHF 550 erhalten hätte? (0.50 Punkte)

- *Der Gegenwert von CHF 550 müsste als Lohn deklariert und die AHV, etc. darauf abgerechnet werden (0.50)*

- c) Das Hotel feiert im Jahr 2014 das Jubiläum seines 30-jährigen Bestehens. Zur Feier und als Anerkennung soll jedem der 45 Mitarbeiter ein Jubiläums-Bonus von CHF 1'500 bezahlt werden. Sind die Jubiläums-Boni AHV-deklarationspflichtig? Begründen Sie Ihre Antwort (ja/nein wird nicht bewertet). (0.50 Punkte)

- *Nein, nicht deklarationspflichtig. Zuwendungen anlässlich des Betriebsjubiläums sind nach 25-jährigem Bestehen AHV-frei. Danach in Abständen von 25 Jahren. (0.50)*

- d) Nachdem der Küchenchef bald pensioniert wird, soll der aktuelle Sous-Chef (Stellvertreter/Rechte Hand des Küchenchefs) seine Nachfolge antreten. Um den Aufgaben eines Küchenchefs gewachsen zu sein, möchte sich der Sous-Chef zum eidg. Gastronomiekoch weiterbilden. Als Zeichen der Anerkennung will sich das Hotel mit 50% an den Kosten der Weiterbildung von CHF 15'000 (für drei Semester) beteiligen. Handelt es sich um eine AHV-deklarationspflichtige Leistung? Begründen Sie Ihre Antwort. (0.50 Punkte)

- *Nein. Weil die Weiterbildung eng mit der beruflichen Tätigkeit zusammenhängt. (0.50)*

- e) Ende Jahr wurde eine weitere Putzfrau angestellt, die jedoch im Jahr 2013 nur CHF 1'800 verdient hat. Gemäss Aussage des Personalverantwortlichen rechnet das Hotel geringe Löhne nicht bei der AHV ab. (1 Punkt)

1. Ist diese Vorgehensweise korrekt? Begründen Sie Ihre Antwort. (0.50 Punkte)

- *Ja. Es handelt sich um einen „geringfügigen Nebenerwerb“. Die AHV-Deklaration ist freiwillig. (0.50)*

2. Wie lautet Ihre Antwort, wenn der Hotelmanager die Putzfrau privat angestellt hätte? (0.50 Punkte)

- *Bei in Privathaushalten beschäftigten Personen müssen die Beiträge in jedem Fall entrichtet werden. (0.50)*

Fragenblock 3 (11.75 Punkte)**Aufgabe 7**

Die nachfolgenden Fragen können unabhängig voneinander beantwortet werden. Geben Sie Gesetzesartikel immer so genau wie möglich an, wo dies verlangt ist. (Total 4.5 Punkte)

a) Erklären Sie den Unterschied zwischen „Überstunden“ und „Überzeit“. (1 Punkt)

- **Überstunden: Arbeitszeit, welche die normale (vereinbarte) Dauer überschreitet, jedoch nicht länger dauert, als die vom Arbeitsgesetz vorgeschriebene Höchstarbeitszeit.**
- **Überzeit: Arbeitszeit, welche die Höchstarbeitszeit gem. Arbeitsgesetz überschreitet.**

b) Können Überstunden verordnet werden, bzw. ist ein Arbeitnehmer verpflichtet Überstunden zu leisten, wenn dies durch den Arbeitgeber verlangt wird? Begründen Sie Ihre Antwort mit dem entsprechenden Gesetzesartikel. (0.50 Punkte)

- **Ja, ein Arbeitnehmer muss Überstunden leisten, wenn dies verlangt wird und diese ihm nach Treu- und Glauben zugemutet werden können. Art. 321c Abs. 1 OR**

c) Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Überstunden mit Lohn (anstatt Freizeit) ausgeglichen werden können (sofern vertraglich nichts vereinbart wurde)? Gesetzesartikel angeben. (1 Punkt)

- **Der Lohn für die Überstundenarbeit muss nach dem Normallohn samt einem Zuschlag von mindestens einem Viertel (25%) bemessen werden. Art. 321c Abs. 3 OR**

d) Unter welchen zwei Voraussetzungen haben Kadermitarbeiter Anspruch auf Bezahlung allfälliger Überstunden? (1 Punkt)

- **die Arbeitsstunden müssen vertraglich genau festgehalten sein (z.B. 42 Stunden/Woche)**
- **allfällige Überstunden dürfen nicht schriftlich wegbedungen sein**

e) Frau Müller ist deutsche Staatsangehörige und hat seit 2012 ihren offiziellen Wohnsitz in der Schweiz. Im Sommer 2014 heiratet sie ihren schweizer Arbeitskollegen, mit dem sie seit ihrer Anmeldung in der Schweiz liiert ist. Gibt es aufgrund der Heirat Änderungen in der Lohnabrechnung? Begründen Sie Ihre Antwort. (Ja/Nein wird nicht bewertet) (1 Punkt)

- **Ja, bis anhin war Frau Müller quellensteuerpflichtig. Ab dem Folgemonat nach der Heirat wird sie ordentlich besteuert. Der Quellensteuerabzug fällt weg.**

Aufgabe 8

Herr Meier führt ein mittleres Elektrounternehmen in Zürich. Das Unternehmen zählt rund 15 Mitarbeiter und ist vor allem im Bereich Elektromontage tätig. Jeder Mitarbeiter verfügt über ein Geschäftsfahrzeug, das mit Werkzeugen und einem Grundstock an Material ausgestattet ist. In letzter Zeit bemerkt Herr Meier öfters, dass in den Fahrzeugen verschiedentlich Werkzeuge fehlen. (Total 3.25 Punkte)

- a) Welche Möglichkeit hat Herr Meier, sich bei seinen Mitarbeitern finanziell gegen den Verlust der Werkzeuge abzusichern? (Gesetzesartikel angeben) (1 Punkt)

*- Er kann einen Teil des Lohnes zurückbehalten
- Art. 323a OR*

- b) Nachdem ein Montagemitarbeiter seine Stelle kündigt hat, muss er sein Montage-Fahrzeug zurückgeben. Leider muss Herr Meier feststellen, dass eine Bohrmaschine im Wert von CHF 450 fehlt. Nun möchte er dem Mitarbeiter die CHF 450 direkt vom Lohn abziehen. Ist dies erlaubt? (Gesetzesartikel angeben, ja/nein wird nicht bewertet) (1 Punkt)

- Ja, die Verrechnung ist erlaubt. Art. 120 OR

- c) Anstelle der Bohrmaschine fehlt in einem anderen Fall ein CHF 4'000 teures Messgerät. Herr Meier möchte deshalb die CHF 4'000 vom Lohn abziehen und den Betrag bis zum Wiederauffinden zurückbehalten. Ist der Lohnrückbehalt in diesem Fall erlaubt? Begründen Sie Ihre Antwort. Gesetzesartikel angeben. (1.25 Punkte)

*- Der Lohnrückbehalt in diesem Umfang ist nicht erlaubt. Dieser darf höchstens 1/10 des an einem Zahltag fälligen Lohnes und im Gesamten nicht mehr als den Lohn für eine Arbeitswoche betragen.
- Art. 323a Abs. 2 OR*

Aufgabe 9

Frau Rothenberger führt eine kleine Zahnarztpraxis in Baden. Sie hat ihr Team etwas vergrößert und benötigt Ihren treuhänderischen Rat. Beantworten Sie ihr die folgenden Fragen: (Total 4 Punkte)

- a) Nachdem die Limmat in der letzten Nacht über die Ufer getreten ist, steht die Praxis am nächsten Morgen unter Wasser. Frau Rothenberger schickt ihre Mitarbeiter wieder nach Hause, da die Aufnahme der Arbeit unmöglich ist.

Darf sie ihren Mitarbeitern die durch die Überschwemmung verlorenen Tage (3 Arbeitstage) von den Ferien abziehen? Begründen Sie Ihre Antwort (Gesetzesartikel angeben) (1.00 Punkt)

*- Nein. Sie ist als Arbeitgeberin mit der Annahme der Arbeitsleistung in Verzug gekommen und schuldet den vollen Lohn. (0.50)
- Art. 324 OR (0.50)*

- b) Eine Dentalhygienikerin (100%-Pensum) ist nach einigen Arbeitsausfällen nun infolge eines Burn-Outs ab dem 15.6.14 für 5 Monate zu 100% krank geschrieben. Frau Rothenberger möchte sich von der Mitarbeiterin, die seit etwas mehr als einem Jahr bei ihr angestellt ist und regelmässig krankheitsbedingt ausfällt, trennen. (1 Punkt)

An welchem Datum darf Frau Rothenberger ihrer Mitarbeiterin frühestens kündigen und auf welchen Termin? (zwei Antworten verlangt, Gesetzesartikel angeben)

- *Sperrfrist bei Verhinderung an der Arbeitsleistung (ohne Verschulden) ab dem zweiten Dienstjahr: 90 Tage*

- *Kündigungsfrist zweites bis neuntes Dienstjahr: 2 Monate auf das Ende eines Monats (gesetzliche Regelung)*

- o *Erhalt der Kündigung: 15.9.2014 (eigentlich 13.9.2014, ist aber ein Samstag) (0.50)*
- o *Kündigung auf den 30.11.2014 (0.50)*

- c) Frau Rothenberger hat gehört, dass man als Arbeitgeberin die Ferien kürzen kann. Sie entscheidet, dies im gesetzlichen Rahmen zu tun. Am 30.6.2014 hat sie mit der Mitarbeiterin eine Besprechung und möchte ihr den Ferienanspruch für den Zeitraum vom 1.1.2014 bis 30.6.2014 bekannt geben. Berechnen Sie den Ferienanspruch (gesetzlicher Mindestanspruch) unter Berücksichtigung der folgenden Angaben: Gesetzesartikel angeben. (1 Punkt)

Alter der Mitarbeiterin: 35 Jahre

Absenzen im Jahr 2014: Januar 2 Tage, Februar 2 Tage, März 5 Tage, April 16 Tage, Mai 21 Tage, Juni 15 Tage

Ferienanspruch 1.1.-30.6. (vor Kürz.) = $20 : 12 \times 6 = 10$ Tage

Absenztage: 61

Kürzung von 1/12 pro vollem Monat > $20 : 12 = 1.67$ Tage

- Ferienanspruch 1.1.-30.6. (nach Kürz.): $10 - 1.67 = 8.33$ Tage (0.50)

- Art. 329b Abs. 1 (0.50)

- d) Frau Rothenberger hat der Dentalhygienikerin jetzt gesetzeskonform auf den 31.12.2014 gekündigt. Da sie mit der Arbeitsleistung der Mitarbeiterin nicht zufrieden war, entscheidet sie sich, ihr im Jahr 2014 keine Gratifikation auszuzahlen (im Jahr 2013 zahlte die Praxis das erste Mal Gratifikationen aus) und teilt ihr dies am letzten Arbeitstag mit.

Die Mitarbeiterin wehrt sich jedoch und stellt sich auf den Standpunkt, dass sie zumindest Anspruch auf einen Teil der Gratifikation habe.

Wer ist im Recht? Begründen Sie Ihre Antwort und geben Sie den relevanten Gesetzesartikel an. (1 Punkt)

Da die Gratifikation nicht vertraglich vereinbart wurde, ist sie erst geschuldet, falls sie ohne entsprechende Bemerkung betreffend Freiwilligkeit, etc. wiederholt ausbezahlt wurde. Nachdem die Gratifikation im Jahr 2013 zum ersten Mal ausbezahlt wurde, kann noch nicht von einer „geschuldeten Gratifikation“ ausgegangen werden. Weiter befindet sich die Mitarbeiterin in gekündetem Verhältnis, was den Anspruch auf die Gratifikation nochmals vermindert.

- Art. 322d OR

**Fach 503 Rechnungswesen
Grundlagen**

**Lösungsvorschlag
Aufgabe 3**

Rechnungswesen Grundlagen

Verfügbare Zeit: 75 Minuten
Max. Punktzahl: 37.50

Aufgabe 1: Buchungssätze mit Mehrwertsteuer

(22.50 Punkte)

Die Mobiliara AG produziert Büromöbel, sie führt den **Rohmaterialbestand mit laufender Inventur**; der **Halbfabrikatebestand** wird **ruhend** geführt und der **Fertigfabrikatebestand** wiederum **mit laufender Inventur**.

Die Mobiliara AG führt eine Kreditoren- und Debitorenbuchhaltung.

Die Mobiliara AG rechnet die Mehrwertsteuer nach der effektiven Methode und nach vereinbartem Entgelt ab. Sie verbucht die Mehrwertsteuer nach der Nettomethode.

Falls nicht explizit anders erwähnt, handelt es sich bei den genannten Beträgen um Beträge *ohne* Mehrwertsteuer.

Der Mehrwertsteuersatz beträgt 8.0%.

Bei den Kunden handelt es sich ausschliesslich um inländische Kunden. Alle Lieferanten sind ebenfalls inländisch und mehrwertsteuerpflichtig.

Verwenden Sie den beiliegenden Kontenplan (Kontenrahmen KMU)!

Das Geschäftsjahr **schliesst per 31.12. ab**. Die Geschäftsfälle beziehen sich auf das laufende Geschäftsjahr und auf die Abschlussbuchungen des laufenden Geschäftsjahres. Die Geschäftsfälle sind unabhängig voneinander.

Verbuchen Sie die folgenden Geschäftsfälle:

Aufgabe 1.1

(1.50 Punkte)

Rechnung eines Lieferanten für Rohmaterial in Höhe von CHF 27'950.00.

Soll	Haben	Betrag
Rohmaterialbestand	Verbindlichkeiten aus L+L	27'950.00
Vorsteuer M- u. DL-A	Verbindlichkeiten aus L+L	2'236.00

Aufgabe 1.2
(1.50 Punkte)

Die Eingangskontrolle der Mobiliara AG stellt fest, dass eine Lieferung Mängel aufweist. Der Lieferant machte eine Gutschrift von CHF 1'397.50. Verbuchen Sie diese Gutschrift.

Soll	Haben	Betrag
Verbindlichkeiten aus L+L	Rohmaterialbestand	1'397.50
Verbindlichkeiten aus L+L	Vorsteuer M- u. DL-A	111.80

Aufgabe 1.3
(2.00 Punkte)

Die Mobiliara AG bezahlt eine bereits gebuchte Lieferantenrechnung von CHF 27'000.00, wobei gemäss Vereinbarung 2% Skonto abgezogen werden.

Soll	Haben	Betrag
Verbindlichkeiten aus L+L	Rohmaterialbestand	540.00
Verbindlichkeiten aus L+L	Vorsteuer M- u. DL-A	43.20
Verbindlichkeiten aus L+L	Bank	28'576.80

Aufgabe 1.4
(0.50 Punkte)

Die Produktion macht einen Rohmaterialbezug von CHF 6'987.50 für den laufenden Produktionsauftrag. Verbuchen Sie diesen Materialbezugsschein.

Soll	Haben	Betrag
Rohmaterialaufwand	Rohmaterialbestand	6'987.50

Aufgabe 1.5
(0.50 Punkte)

Die Produktion hat Fertigfabrikate im Wert von CHF 55'270.00 fertig gestellt und im Lager abgeliefert. Verbuchen Sie diese Fertigmeldung.

Soll	Haben	Betrag
Fertigfabrikatebestand	Bestandesänderung Fertigfabrikate	55'270.00

Aufgabe 1.6
(2.00 Punkte)

Wir liefern 7 gleiche Büromöbel an einen Kunden auf Rechnung. Der Verkaufspreis beträgt CHF 2'570.00 pro Stück; die Herstellkosten CHF 1'542.00 pro Stück. Diesen Vorgang müssen Sie noch verbuchen.

Soll	Haben	Betrag
Forderungen aus L+L	Produktionsertrag	17'990.00
Forderungen aus L+L	Umsatzsteuer	1'439.20
Bestandesänderung Fertigfabrikate	Fertigfabrikatebestand	10'794.00

Aufgabe 1.7
(2.00 Punkte)

Die Mobiliara AG hat sich mit einem Kunden auf die Rücklieferung von 1 Büromöbel mit einem Verkaufspreis von CHF 3'850.00 pro Stück und Herstellkosten von CHF 2'310.00 pro Stück geeinigt. Verbuchen Sie diese Rücklieferung des Kunden.

Soll	Haben	Betrag
Produktionsertrag	Forderungen aus L+L	3'850.00
Umsatzsteuer	Forderungen aus L+L	308.00
Fertigfabrikatebestand	Bestandesänderung Fertigfabrikate	2'310.00

Aufgabe 1.8
(1.50 Punkte)

Die Mobiliara AG gewährt einem Kunden einen Rabatt von CHF 1'131.20 und erstellt eine entsprechende Gutschrift. Verbuchen Sie die Rabattgutschrift.

Soll	Haben	Betrag
Produktionsertrag	Forderungen aus L+L	1'131.20
Umsatzsteuer	Forderungen aus L+L	90.50

Aufgabe 1.9
(3.00 Punkte)

Die Mobiliara AG erhält eine Rechnung des Spediteurs über CHF 3'755.00 für Eingangsfrachten und CHF 2'750.00 für Ausgangsfrachten. Verbuchen Sie diese Rechnung.

Soll	Haben	Betrag
Eingangsfrachten	Verbindlichkeiten aus L+L	3'755.00
Vorsteuer M- u. DL-A	Verbindlichkeiten aus L+L	300.40
Ausgangsfrachten	Verbindlichkeiten aus L+L	2'750.00
Vorsteuer M- u. DL-A	Verbindlichkeiten aus L+L	220.00

Aufgabe 1.10
(0.50 Punkte)

Beim Halbfabrikatebestand ist eine Zunahme von CHF 4'525.00 zu berücksichtigen.

Soll	Haben	Betrag
Halbfabrikatebestand	Bestandesänderung Halbfabrikate	4'525.00

Aufgabe 1.11
(0.75 Punkte)

Das Konto Rohmaterialbestand weist einen Saldo von CHF 64'565.00 aus; gemäss Inventur beträgt der korrekte Rohmaterialschlussbestand CHF 65'353.00.

Soll	Haben	Betrag
Rohmaterialbestand	Inventurdifferenz	788.00

Aufgabe 1.12**(2.00 Punkte)**

Für die Einrichtung unseres Konferenzraumes haben wir 2 identische Büromöbel aus dem Fertigfabrikatelager entnommen. Herstellkosten eines solchen Büromöbels: CHF 585.00; Verkaufspreis pro Stück: CHF 975.00.

Soll	Haben	Betrag
Bestandesänderung Fertigfabrikate	Fertigfabrikatebestand	1'170.00
Mobilien	Eigenleistungen	1'170.00

Aufgabe 1.13**(0.50 Punkte)**

Ein Kunde bezahlt die fällige Rechnung aus einer früheren bereits verbuchten Lieferung auf das Bankkonto der Mobiliara AG. Der Rechnungsbetrag beträgt CHF 14'049.50 inklusive Mehrwertsteuer.

Soll	Haben	Betrag
Bank	Forderungen aus L+L	14'049.50

Aufgabe 1.14**(2.00 Punkte)**

Ein Kunde hatte für eine grössere Bestellung mit einem Gesamtwert von CHF 42'500.00 eine Anzahlung von CHF 25'500.00 geleistet; diese Anzahlung (Rechnungsstellung und Zahlungseingang) ist bereits verbucht. Die Lieferung ist nun auch erfolgt; verbuchen Sie die **Schlussrechnung** an den Kunden.

Soll	Haben	Betrag
erhaltene Anzahlungen	Produktionsertrag	25'500.00
Forderungen aus L+L	Produktionsertrag	17'000.00
Forderungen aus L+L	Umsatzsteuer	1'360.00

Aufgabe 1.15
(0.75 Punkte)

Die Rechnung von CHF 3'522.00 für eine Sachversicherung für das kommende Jahr wurde bereits erfolgswirksam verbucht. Im Vorjahr belief sich die Rechnung für dieselbe Sachversicherung auf CHF 3'931.00. Das transitorische Konto wurde anfangs Jahr aufgelöst.

Soll	Haben	Betrag
Aktive Rechnungsabgrenzung	Sachversicherungen	3'522.00

Aufgabe 1.16
(0.75 Punkte)

Das Konto „Ferien und Überzeit“ wird ruhend geführt. Der Anfangsbestand beträgt CHF 35'500.00. Im abzuschliessenden Geschäftsjahr fand ein Abbau von Überzeit im Wert von CHF -5'325.00 statt. Beim Ferienguthaben der Mitarbeitenden hat im gleichen Zeitraum eine Zunahme um CHF 2'675.00 stattgefunden. Verbuchen Sie die Abgrenzung der Überzeit- und Ferienguthaben der Mitarbeitenden für den Jahresabschluss.

Soll	Haben	Betrag
Ferien und Überzeit	Lohnaufwand	2'650.00

Aufgabe 1.17
(0.75 Punkte)

Im laufenden Geschäftsjahr ist der Bestand an solventen (sicheren) Forderungen um CHF 38'500.00 gesunken. Die Pauschalwertberichtigung auf den solventen (sicheren) Forderungen beträgt unverändert 5% vom Bestand. Die Einzelwertberichtigungen auf den dubiosen (unsicheren) Forderungen sind um CHF 1'285.00 gesunken. Der Anfangsbestand des Kontos Wertberichtigung Forderungen (Delkredere) beträgt CHF 7'200.00. Verbuchen Sie die Anpassung der Wertberichtigung Forderungen (Delkredere).

Soll	Haben	Betrag
Wertberichtigung Forderungen (Delkredere)	Forderungsverluste	3'210.00

Aufgabe 2: Erfolgsverbuchung bei der AG

(6.00 Punkte)

Aufgabe 2.1

(2.00 Punkte)

Berechnen Sie die **minimale erste Zuweisung** an die allgemeine gesetzliche Reserve / gesetzliche Gewinnreserve gemäss Obligationenrecht und kreisen Sie die richtige Antwort ein. Ohne passende, nachvollziehbare Berechnung gibt es keine Punkte!

Ausgangslage: Bilanz **vor** Gewinnverteilung

Aktiven		Passiven	
Liquide Mittel	64'377.50	Fremdkapital	2'176'100.00
Forderungen	723'550.00	Aktienkapital	800'000.00
Nicht einbezahltes Aktienkapital	200'000.00	Allgemeine gesetzliche Reserve / Gesetzliche Gewinnreserve	117'187.50
Vorräte	462'760.00	Freie Reserve / Freiwillige Gewinnreserve	251'200.00
Anlagevermögen	2'313'800.00	Gewinnvortrag	45'000.00
		Jahresgewinn	375'000.00
Bilanzsumme	<u>3'764'487.50</u>	Bilanzsumme	<u>3'764'487.50</u>

Richtige Antwort einkreisen!

	Minimale erste Zuweisung	Berechnung	
A	40'000.00	Grenze überschritten und nicht einbezahlt nicht berücksichtigt	0.50
B	27'750.00	Grenze überschritten und Gewinnvortrag mit berücksichtigt	0.75
C	2'812.50	Richtig	2.00
D	18'750.00	Grenze überschritten	1.00
E	42'812.50	nicht einbezahlt nicht berücksichtigt und mehr als 5% genommen	0.50
F	21'000.00	Grenze überschritten, nicht einbezahlt nicht berücksichtigt, Gewinnvortrag dabei	0.25
G	37'500.00	10 % genommen und Grenze überschritten	0.50
H	42'000.00	10 % genommen und Gewinnvortrag mit dabei und Grenze überschritten	0.25

Aufgabe 2.2

(2.00 Punkte)

Das Unternehmen plant, eine **Grunddividende** und eine **Superdividende von CHF 500'000.00** auszuschütten. Berechnen Sie die **minimale zweite Zuweisung** an die allgemeine gesetzliche Reserve / gesetzliche Gewinnreserve unter Berücksichtigung der Vorgabe des Verwaltungsrates, die allgemeine gesetzliche Reserve / gesetzliche Gewinnreserve unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften so klein wie möglich zu halten. Kreisen Sie die richtige Antwort ein. Ohne passende, nachvollziehbare Berechnung gibt es keine Punkte!

Ausgangslage: Bilanz **vor** Gewinnverteilung

Aktiven		Passiven	
Umlaufvermögen	9'865'550.00	Fremdkapital	14'798'400.00
Anlagevermögen	15'734'600.00	Aktienkapital	4'500'000.00
		PS-Kapital	35'000.00
		Allgemeine gesetzliche Reserve /	2'240'000.00
		Gesetzliche Gewinnreserve	
		Gewinnvortrag	2'800'000.00
		Jahresgewinn	1'226'750.00
Bilanzsumme	<u>25'600'150.00</u>	Bilanzsumme	<u>25'600'150.00</u>

Richtige Antwort einkreisen!

	Minimale zweite Zuweisung	Berechnung	
A	50'000.00	Grenze überschritten	1.00
B	0.00	einfach falsch	0.00
C	25'000.00	falscher Satz	0.50
D	27'500.00	richtig	2.00
E	10'000.00	PS nicht berücksichtigt	1.00
F	122'675.00	vom Jahresgewinn statt Superdividende	0.00
G	61'337.50	vom Jahresgewinn statt Superdividende und falscher Satz	0.00
H	226'750.00	vom AK + PS Kapital	0.00

Aufgabe 2.3

(2.00 Punkte)

Berechnen Sie die **minimale erste Zuweisung** an die allgemeine gesetzliche Reserve / gesetzliche Gewinnreserve gemäss Obligationenrecht und kreisen Sie die richtige Antwort ein. Ohne passende, nachvollziehbare Berechnung gibt es keine Punkte!

Ausgangslage: Bilanz **vor** Gewinnverteilung

Aktiven		Passiven	
Umlaufvermögen	436'320.00	Fremdkapital	977'200.00
Anlagevermögen	1'104'130.00	Aktienkapital	475'000.00
Verlustvortrag	150'000.00	Allgemeine gesetzliche Reserve / Gesetzliche Gewinnreserve	80'750.00
		Jahresgewinn	157'500.00
Bilanzsumme	<u>1'690'450.00</u>	Bilanzsumme	<u>1'690'450.00</u>

Richtige Antwort einkreisen!

	Minimale erste Zuweisung	Berechnung	
A	7'875.00	Verlustvortrag nicht abgezogen	1.00
B	15'750.00	falscher Satz und Verlustvortrag nicht abgezogen	0.25
C	750.00	falscher Satz	0.50
D	0.00	einfach falsch	0.00
E	1'500.00	falscher Satz	0.00
F	375.00	richtig	2.00
G	32'500.00	AK genommen und 10%	0.00
H	23'750.00	AK genommen und 5%	0.00

Aufgabe 3: Stille Reserven**(4.50 Punkte)****Aufgabe 3.1****(0.50 Punkte)**

Eine Maschine mit Anschaffungskosten von CHF 100'000.00 wird wie folgt abgeschrieben:

Externer Abschluss: Degressive Abschreibung mit 40% vom Buchwert

Interner Abschluss: Linear über 5 Jahre auf einen Restwert von CHF 8'000.00

Die Maschine wurde im vorangehenden Geschäftsjahr angeschafft; im Anschaffungsjahr wurde eine volle Jahresabschreibung berücksichtigt.

Welche Auswirkungen hat dies auf die stillen Reserven im externen Abschluss? Legen Sie Ihre Berechnungen offen.

Zunahme 5'600.00

Aufgabe 3.2**(1.00 Punkte)**

Die Garantierückstellungen haben im externen Abschluss einen Anfangsbestand von CHF 125'000.00 und einen Schlussbestand von CHF 95'000.00. Realistischer Weise rechnen wir mit keiner Veränderung bei den Garantiefällen.

Welche Auswirkungen hat dies auf die stillen Reserven im externen Abschluss? Legen Sie Ihre Berechnungen offen.

Abnahme 30'000.00 (SB 95'000.00 - AB 125'000.00)

Aufgabe 3.3

(3.00 Punkte)

Ein Warenhandelsunternehmen bewertet seinen Warenbestand in der externen Bilanz jeweils zu **2/3** des wahren Wertes. Zu Beginn der Rechnungsperiode beträgt der interne Wert des Warenlagers CHF 54'000.00. Das Konto Warenlager wird als ruhendes Konto geführt. Im Konto Warenaufwand ist **vor Verbuchung der Bestandesänderung** ein Saldo von CHF 648'000.00 vorhanden. Der Schlussbestand des Warenlagers gemäss externer Bilanz beträgt CHF 32'040.00.

Aufgabe 3.3.1

(0.50 Punkte)

Wie hoch ist der Einstandswert der eingekauften Waren im externen Abschluss?

648'000.00

Aufgabe 3.3.2

(0.50 Punkte)

Wie hoch ist der Einstandswert der verkauften Waren im internen Abschluss?

653'940.00

Aufgabe 3.3.3

(1.00 Punkte)

Wie verändern sich die stillen Reserven im externen Abschluss? Geben Sie den Betrag an, und bestimmen Sie, ob es sich um eine Zunahme oder eine Abnahme handelt.

☐ Zunahme

Abnahme um1'980.00.....

☐ Abnahme

Aufgabe 3.3.4

(1.00 Punkte)

Wie hoch ist der Schlussbestand des Warenlagers im internen Abschluss?

48'060.00

Aufgabe 4: Liegenschaftenrechnung

(4.50 Punkte)

Die Mobiliara AG (gleiche Gesellschaft wie bei Aufgabe 1) führt eine gesonderte Liegenschaftenrechnung. Der Zahlungsverkehr wickelt sich über die Bank ab. Die Mehrwertsteuer ist nicht zu berücksichtigen! Ansonsten gilt die gleiche Ausgangslage und der gleiche Kontenplan wie in Aufgabe 1.

Verbuchen Sie die folgenden Geschäftsfälle:

Aufgabe 4.1

(0.50 Punkte)

Rechnung über CHF 2'578.00 für die Beleuchtung der allgemeinen Räumlichkeiten (Treppenhaus, usw.) der Liegenschaft.

Soll	Haben	Betrag
Immobilienaufwand	übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	2'578.00

Aufgabe 4.2

(0.50 Punkte)

Stromrechnung über CHF 6'145.25 für den Verbrauch des Betriebs.

Soll	Haben	Betrag
Raumaufwand	Verbindlichkeiten aus L+L	6'145.25

Aufgabe 4.3

(0.50 Punkte)

Ausstehende Mietzinsen der Mieter per Ende Geschäftsjahr CHF 4'255.00.

Soll	Haben	Betrag
Aktive Rechnungsabgrenzung	Fremdmiete	4'255.00

Aufgabe 4.4

(0.50 Punkte)

Vorausbezahlte Mietzinsen der Mieter für den Monat Januar des nächsten Jahres CHF 19'458.00.

Soll	Haben	Betrag
Fremdmiete	Passive Rechnungsabgrenzung	19'458.00

Aufgabe 4.5
(0.50 Punkte)

Aufgelaufener Hypothekarzins per Ende Geschäftsjahr CHF 27'515.00.

Soll	Haben	Betrag
Immobilienaufwand	Passive Rechnungsabgrenzung	27'515.00

Aufgabe 4.6
(0.50 Punkte)

Abschreibung auf der Liegenschaft CHF 35'000.00.

Soll	Haben	Betrag
Immobilienaufwand	Wertberichtigung Immobilien	35'000.00

Aufgabe 4.7
(0.50 Punkte)

Verrechnung der Miete für die betrieblich genutzten Räumlichkeiten CHF 147'750.00.

Soll	Haben	Betrag
Raumaufwand	Geschäftsmiete	147'750.00

Aufgabe 4.8
(0.50 Punkte)

Heizölvorrat per Ende Geschäftsjahr CHF 8'500.00. Die Heizöleinkäufe wurden während des Jahres der laufenden Immobilienrechnung belastet.

Soll	Haben	Betrag
Aktive Rechnungsabgrenzung	Immobilienaufwand	8'500.00

Aufgabe 4.9**(0.50 Punkte)**

Umbuchung von bereits erfolgswirksam verbuchten wertvermehrenden Unterhaltsarbeiten in Höhe von CHF 25'700.00.

Soll	Haben	Betrag
Immobilien	Immobilienaufwand	25'700.00

Fach 504 Grundlagen Steuern

Lösungsvorschlag Aufgabe 4

Grundlagen Steuern

Verfügbare Zeit: 75 Minuten
Max. Punktzahl: 37.5

Bei sämtlichen Aufgaben sind gefragte gesetzliche Grundlagen möglichst genau, das heisst, aus Gesetz oder Verordnung unter Angabe des entsprechenden Gesetzesartikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben vorzunehmen.

Aufgabe 1 (13 Punkte)

Melanie Steinhöfer ist eine ausgebildete Coiffeuse. Mit der Geburt ihres Sohnes Marc gab sie ihre langjährige Arbeitsstelle auf, möchte jedoch für ihre Freundinnen weiterhin die Haare schneiden. Sie ist unsicher, ob ihr kleiner Nebenerwerb von der Steuerbehörde als selbständige Erwerbstätigkeit qualifiziert wird und wendet sich an Sie als Fachperson. Beantworten Sie die folgenden Fragen:

a) Welche Voraussetzungen müssen für das Vorliegen einer selbständigen Tätigkeit aus steuerlicher Sicht erfüllt sein?

- **eigenes Risiko**
- **Einsatz von Arbeit und Kapital**
- **Frei bestimmte Organisation**
- **Absicht der Gewinnerzielung**
- **Planmässige und anhaltende Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr**

b) Beurteilen Sie, ob Frau Steinhöfer unter den folgenden Angaben als selbständig Erwerbende qualifiziert wird (die Antwort ist zu begründen).

- Sie richtet im Haus ein Zimmer für die Tätigkeit ein.
- Waren werden zum Selbstkostenpreis abgegeben.
- Sie verrechnet als Stundenansatz ca. CHF 25.00.
- Sie macht keine Werbung.

Es ist von einer Liebhaberei/Hobby auszugehen. Es fehlt die Absicht der Gewinnerzielung (verrechneter Ansatz ist kaum kostendeckend), die sichtbare Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr fehlt, sowie der Einsatz von Kapital.

1.2.1 Harald Summermatter führt seit Jahren die Gastwirtschaft „Löwen“ in Wetzikon. In den letzten Jahren lief das Geschäft immer schlechter und im Jahre 2012 resultierte ein geschäftlicher Verlust. Herr Summermatter wendet sich mit Fragen zum Geschäftsabschluss 2013 an Sie.

a) Herr Summermatter hat von einem Freund den Tipp erhalten, vorsichtshalber eine Rückstellung für zukünftige Verluste zu bilden.

Erklären Sie den Begriff Rückstellungen:

Passiven, die im Rechnungsjahr entstandene Aufwendungen berücksichtigen, deren Höhe oder Rechtsbestand noch ungewiss ist.

b) Ist eine Rückstellung für zukünftige Verluste möglich? Begründen Sie Ihre Antwort.

Nein, Verluste für Folgejahre beziehen sich nicht auf das Rechnungsjahr (Verletzung des Periodenprinzips).

c) Sind die folgenden Rückstellungen steuerrechtlich zulässig? Beantworten Sie folgende Fragen mit Ja oder Nein:

1.	Aufwendungen für einen Sachschaden an einem Geschäftsfahrzeug, deren Rechnung mit dem Rechnungsabschluss noch nicht eingetroffen ist.	Ja
2.	Rückstellung für Grossreparaturen an der Geschäftsliegenschaft.	Ja
3.	Rückstellung für garantiepflchtigen Umsatz.	Ja
4.	Rückstellungen für Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte in der Höhe von CHF 1'200'000.00.	Nein

1.2.2 Herr Summermatter hatte immer wieder Ärger mit den Steuerbehörden. Er möchte dieses Jahr seine Steuerangelegenheiten möglichst schnell vom Tisch haben und bittet Sie, die notwendigen Privatanteile in der Buchhaltung zu erfassen. Berechnen Sie die Privatanteile für die folgenden Positionen gemäss Merkblatt N1/2007 der eidgenössischen Steuerverwaltung (Merkblatt über die Bewertung von Naturalbezügen und der privaten Unkostenanteile von Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhabern in der Anlage) aufgrund der nachfolgenden Angaben:

- Das Restaurant wird von Herrn Summermatter und seiner Frau betrieben.
- Herr Summermatter ist ein starker Raucher.
- Die Wohnung über dem Restaurant wird von Herrn Summermatter, seiner Frau und ihrem 10-jährigen Sohn Gian bewohnt.
- Herr Summermatter besitzt einen Ford, welcher überwiegend geschäftlich genutzt wird. Ein Bordbuch wird nicht geführt. Das Fahrzeug hat einen Buchwert von CHF 5'000.00, der Anschaffungspreis vor acht Jahren betrug CHF 33'000.00 exkl. Mehrwertsteuer, der Katalogpreis CHF 37'000.00 exkl. Mehrwertsteuer.

Warenbezüge:

Herr Summermatter : **8'680**

Frau Summermatter : **6'480**

Sohn Gian : **3'240**

Total **18'400**

Privatanteil an den Kosten für Heizung,
Beleuchtung, Reinigung, modernen
Kommunikationsmitteln: **5'040**

Privatanteil Geschäftsfahrzeug: **3'168**

Total der zu verbuchenden Privatanteile = **26'608**
=====

- 1.2.3 Im Geschäftsabschluss sind ebenfalls noch die notwendigen Abschreibungen zu verbuchen.

Die Liegenschaft „Löwen“ ist im Eigentum von Herrn Summermatter. Ihnen stehen die folgenden Angaben zur Verfügung:

- Anschaffungswert (inkl. Land): CHF 1'200'000.
- Bisher verbuchte Abschreibungen: CHF 680'000.00.
- Buchwert per 31.12.2013 inklusive Land: CHF 520'000.00.
- Der Wert des Landes ohne Gebäude beträgt CHF 500'000.00.
- Die Abschreibungen wurden jeweils linear vom Anschaffungswert vorgenommen.

a) Welcher Abschreibungssatz ist anzuwenden?

2%

b) Berechnen Sie die maximal mögliche Abschreibung:

CHF 20'000: Abschreibungen sind maximal bis zum Landwert möglich (Buchwert CHF 520'000 – Landwert CHF 500'000.00).

Berechnen Sie die Abschreibung für das Geschäftsfahrzeug aufgrund der Angaben von Aufgabe 1.2.1. Die Abschreibungen erfolgen jeweils vom Buchwert:

c) Welcher Abschreibungssatz ist anzuwenden?

40%

d) Berechnen Sie die maximal mögliche Abschreibung:

40% vom Buchwert CHF 5'000.00 = CHF 2'000.00.

- 1.2.4 Herr Summermatter erlitt im Geschäftsjahr einen Verlust in der Höhe von CHF 61'000.00.

Wie lange können Verluste aus vorangegangenen Geschäftsjahren mit zukünftigen Gewinnen verrechnet werden? Nennen Sie den entsprechenden Artikel nach DBG.

7 Jahre nach Art. 211 DBG (gilt bis zum 31.12.2013)

oder Art. 31 Abs. 1 DBG (gilt ab 01.01.2014)

Aufgabe 2 (7 Punkte)

2.1 Herr Konrad Oberholzer führt seit Jahren einen Garagenbetrieb als Einzelunternehmung. Aus gesundheitlichen Gründen und um die Zukunft des Geschäftes längerfristig für seinen Sohn zu sichern, möchte Herr Oberholzer seinen Betrieb umstrukturieren und modernisieren. Er möchte von Ihnen, als seinen langjähriger Treuhänder, einige Informationen zu den Möglichkeiten von steuerneutralen Ersatzbeschaffungen.

a) Nennen Sie die notwendigen Voraussetzungen für eine steuerneutrale Ersatzbeschaffung inkl. des entsprechenden DBG Artikels:

- **DBG Art. 30**
- **Ersatz von betriebsnotwendigen Anlagevermögen**
- **Ersatz innerhalb der Schweiz**
- **Ersatz innert angemessener Frist**

b) Herr Konrad Oberholzer möchte von Ihnen wissen, ob für die folgenden geschäftlichen Vorgänge eine steuerneutrale Ersatzbeschaffung möglich ist. Die Antwort ist zu begründen!

b1) Herr Oberholzer möchte die alten Autolifte im Jahre 2014 durch neue ersetzen.

Ja, die Ersatzbeschaffungen gehören zum Anlagevermögen und werden innert Frist ersetzt.

b2) Die Ausstellungsräume des Garagenbetriebes sind auf zwei Liegenschaften verteilt. Eine Liegenschaft soll verkauft werden und der Erlös in Wertschriften angelegt werden.

Nein, Ersatz einer Liegenschaft durch bewegliches Vermögen ist nicht möglich (des Weiteren stellen die Wertschriften kein Geschäftsvermögen dar).

b3) Gleicher Sachverhalt wie b2), der Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft wird jedoch für eine Expansion ins Ausland, in eine Liegenschaft in Deutschland, investiert.

Nein, die Ersatzbeschaffung findet nicht innerhalb der Schweiz statt.

b4) Gleicher Sachverhalt wie b2), der Erlös aus dem Verkauf der Liegenschaft wird jedoch innert zwei Jahren in ein Mehrfamilienhaus in der Schweiz mit einem kleineren Ausstellungsraum investiert. Die Mieterträge für die Wohnungen betragen CHF 65'000.00, der voraussichtliche Mietwert für die Ausstellungsräume wird auf CHF 25'000.00 geschätzt.

Nein, die Liegenschaft ist aufgrund der Präponderanzmethode dem Privatvermögen zuzuordnen.

b5) Eine alte Autoliftanlage wird verkauft. Der Erlös wird im Jahre 2014 in einen neuen Abschleppwagen investiert.

Ja, Ersatzbeschaffung im betriebsnotwendigen Anlagevermögen. Ersatz innert Frist.

b6) Gleicher Sachverhalt wie b5), Herr Konrad Oberholzer möchte jedoch eine Rückstellung bilden und in vier bis fünf Jahren über eine Reinvestition entscheiden.

Nein, kein Ersatz innert angemessener Frist

2.2 Berechnen Sie für die folgenden Sachverhalte den Umfang der steuerneutralen Ersatzbeschaffungen nach der absoluten Methode. Weisen Sie zudem den Buchwert der neuen Anlage aus.

a) Bauer Thomas Zwysig ersetzt seine alte Melkmaschine. Die alte Anlage mit einem Buchwert von CHF 20'000.00 kann für CHF 80'000.00 verkauft werden. Der Preis für die neue Anlage beträgt CHF 350'000.00.

Buchwert	CHF 20'000.00
Verkaufspreis	CHF 80'000.00

Realisierte stille Reserven	CHF 60'000.00
Preis neue Anlage	CHF 350'000.00
Ersatzbeschaffung	CHF 60'000.00

Buchwert neue Anlage	CHF 290'000.00

b) Hannes Knäusel, Baumaschinen, verkauft einen alten Bagger, Buchwert CHF 10'000.00, für CHF 50'000.00 und investiert das Geld in eine neue EDV-Anlage in der Höhe von CHF 40'000.00.

Buchwert	CHF 10'000.00
Verkaufspreis	CHF 50'000.00

Realisierte stille Reserven	CHF 40'000.00
Preis neue Anlage	CHF 40'000.00
Ersatzbeschaffung	CHF 30'000.00 (1)

Buchwert neue Anlage	CHF 10'000.00

(1) Maximal bis zum Buchwert der alten Anlage

Aufgabe 3 (10 Punkte)

Die Lösungen sind nach den Bestimmungen des DBG vorzunehmen. Auf allfällige Steuerfolgen auf kantonaler Ebene oder bei der Verrechnungssteuer ist nicht einzugehen. Gefragte Artikelangaben aus Gesetz oder Verordnung sind möglichst genau, d.h. unter Angabe des Artikels mit ev. Absatz und ev. Buchstaben vorzunehmen.

Herr Gerhard Beck (63-jährig) ist Geschäftsführer und Alleinaktionär der „Beck Dienstleistungen AG“ und möchte bald in Ruhestand treten. Herr Peter Hauser (40-jährig) ist daran interessiert, das Geschäft weiterzuführen und Gerhard Beck die Aktien abzukaufen. Die Bilanz der Gesellschaft präsentiert sich vereinfacht wie folgt:

Bilanz Beck Dienstleistungen AG per 31.12.2013 (CHF)

Umlaufvermögen	400'000.00	Fremdkapital	200'000.00
Anlagevermögen*	600'000.00	Aktienkapital	200'000.00
		Kapitaleinlagereserven	200'000.00
		Übrige Reserven	400'000.00
Total	1'000'000.00		1'000'000.00

*Auf dem Anlagevermögen bestehen stille Reserven von CHF 200'000.00.

Das Aktienkapital der Gesellschaft ist eingeteilt in 100 Aktien à nom. CHF 2'000.00. Der Verkehrswert der Beck Dienstleistungen AG per 31.12.2013 beträgt CHF 1'000'000.00. Die Aktien befinden sich im Privatvermögen von Gerhard Beck.

Es steht ein Verkauf der Gesellschaft per 01.01.2014 zur Diskussion. Da es Peter Hauser nur möglich ist, einen Preis von CHF 600'000.00 zu finanzieren, werden folgende Übertragungsvarianten diskutiert, welche nachfolgend zu beurteilen sind:

- 3.1. **Variante 1:** Gerhard Beck veräussert seine 100 Aktien per 01.01.2014 zum Verkehrswert von CHF 1'000'000.00 an Peter Hauser. Da dieser momentan nur CHF 600'000.00 bezahlen kann, wird für den Restbetrag von CHF 400'000.00 ein für zehn Jahre fester Darlehensvertrag (auf privater Ebene zwischen Herrn Beck und Herrn Hauser) mit einem Zinssatz von 2% abgeschlossen.

Beurteilen Sie die Steuerfolgen aus diesem Geschäft für Gerhard Beck in Bezug auf den Kapitalgewinn als auch auf den Darlehenszins (für das Jahr 2014).

Geben Sie bei jeder Art des Ertrages an, ob dieser steuerbar oder steuerfrei ist und berechnen Sie bei den steuerbaren Erträgen den Betrag. Nennen Sie jeweils die gesetzliche Grundlage.

3.1.1. Kapitalgewinn: **steuerfrei (privater Kapitalgewinn)**

3.1.2. Gesetzliche Grundlage (Kapitalgewinn): **Art. 16 Abs. 3 DBG**

3.1.3. Darlehenszins: **steuerbar CHF 8'000.00 (CHF 400'000.00 * 2%)**

3.1.4. Gesetzliche Grundlage (Darlehenszins): **Art. 20 Abs. 1 lit.a DBG**

3.2. **Variante 2:** Gerhard Beck lässt sich vorgängig zum Verkauf per 01.01.2014 eine Dividende von CHF 400'000.00 ausschütten (ausgeschüttet werden CHF 200'000.00 Kapitaleinlagereserven und CHF 200'000.00 übrige Reserven), wodurch der Verkehrswert der Gesellschaft auf CHF 600'000.00 reduziert wird und zu diesem Preis an Peter Hauser verkauft wird.

Beurteilen Sie die Steuerfolgen aus diesem Geschäft für Gerhard Beck in Bezug auf die beiden Arten der entrichteten Dividende. Geben Sie bei jeder Art des Ertrages an, ob dieser steuerbar oder steuerfrei ist und berechnen Sie bei den steuerbaren Erträgen den Betrag. Nennen Sie jeweils die gesetzliche Grundlage.

3.2.1. Dividende aus Kapitaleinlagereserven: **steuerfrei (analog Rückzahlung von Grundkapital)**

3.2.2. Gesetzliche Grundlage (Dividende aus Kapitaleinlagereserven): **Art. 20 Abs. 3 DBG**

3.2.3. Dividende aus übrigen Reserven: **steuerbar CHF 200'000.00**

3.2.4. Gesetzliche Grundlage (Dividende übrige Reserven): **Art. 20 Abs. 1 lit. c DBG**

3.2.5. Umfang der Besteuerung der steuerbaren Erträge: **60% bzw. CHF 120'000.00 (60% von CHF 200'000.00)**

3.2.6. Gesetzliche Grundlage (Umfang der Besteuerung): **Art. 20 Abs. 1^{bis} DBG**

- 3.3. **Variante 3:** Gerhard Beck verkauft der Beck Dienstleistungen AG 40 Aktien zum Preis von CHF 400'000.00. Diese werden als eigene Aktien bilanziert und sollen noch bis Mitte 2014 mittels Kapitalherabsetzung ausgebucht werden (direkte Teilliquidation). Die restlichen 60 Aktien werden zum Preis von CHF 600'000.00 an Peter Hauser verkauft.

Beurteilen Sie die Steuerfolgen aus diesem Geschäft für Gerhard Beck in Bezug auf die beiden Kapitalgewinne. Geben Sie bei jeder Art des Kapitalgewinnes an, ob dieser steuerbar oder steuerfrei ist und berechnen Sie bei Ziffer 3.3.5. den allfällig gesamthaft steuerbaren Betrag. Nennen Sie jeweils die gesetzliche Grundlage.

- 3.3.1. Kapitalgewinn aus Verkauf 40 Aktien an eigene Gesellschaft: **steuerbar (steuerbarer Vermögensertrag oder Liquidationsüberschuss)**

- 3.3.2. Gesetzliche Grundlage (Kapitalgewinn Verkauf 40 Aktien): **Art. 20 Abs. 1 lit. c DBG**

- 3.3.3. Kapitalgewinn aus Verkauf 60 Aktien an Peter Hauser: **steuerfrei (privater Kapitalgewinn)**

- 3.3.4. Gesetzliche Grundlage (Kapitalgewinn Verkauf 60 Aktien): **Art. 16 Abs. 3 DBG**

- 3.3.5. Steuerbarer Vermögensertrag aus beiden Verkäufen (Hinweis: im Falle einer Liquidationsdividende werden anteilig Kapitaleinlagereserven im prozentualen Umfang der Kapitalherabsetzung mitberücksichtigt):

Verkaufserlös Aktien an Gesellschaft	CHF 400'000.00
Abzüglich anteiliges Nominalkapital	CHF 80'000.00
Abzüglich anteilige KER (40%)	CHF 80'000.00
Steuerbarer Liquidationsüberschuss	CHF 240'000.00

- 3.3.6. Umfang der Besteuerung: **60% bzw. CHF 144'000.00 (60% von CHF 240'000.00)**

- 3.3.7. Gesetzliche Grundlage (Umfang der Besteuerung): **Art. 20 Abs. 1^{bis} DBG**

Aufgabe 4 (7.5 Punkte)

Sind die folgenden Aussagen richtig oder falsch. Kreuzen Sie zu jeder Aussage jeweils das Ihrer Meinung nach korrekte Feld an.

Richtig Falsch

4.01.	Die Naturallasten und öffentlichen Lasten werden als öffentliche Abgaben bezeichnet.		X
4.02.	Steuern sind öffentliche Abgaben, die im Zusammenhang mit einer Gegenleistung erhoben werden.		X
4.03.	Kausalabgaben werden unterteilt in Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben.	X	
4.04.	Bei der Spielbankenabgabe handelt es sich um eine Ersatzabgabe.		X
4.05.	Bei der Autobahnvignette handelt es sich um eine Steuer.	X	
4.06.	Bei der Briefmarke handelt es sich um eine Gebühr.	X	
4.07.	Als Gemengsteuer werden Abgaben bezeichnet, bei denen ein Teil Entgelt für zurechenbare staatliche Leistungen oder Vorteile und der Rest eine gegenleistungslos geschuldete Abgabe ist.	X	
4.08.	Die Umsatzabgabe ist eine Rechtsverkehrssteuer.	X	
4.09.	Progressive Steuertarife verstossen gegen den Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und sind unzulässig.		X
4.10.	Für die Erhebung von direkten Steuern benötigen die Kantone eine ausdrückliche Grundlage in der Kantonsverfassung.	X	
4.11.	Der Bund erhebt eine Vermögens- und Kapitalsteuer, jedoch keine Erbschafts- und Schenkungssteuer.		X
4.12.	Der Grundsatz der Eigentumsgarantie beinhaltet auch das Verbot der konfiskatorischen Besteuerung.	X	
4.13.	Das Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) legt die Grundsätze der Gesetzgebung der Kantone fest, insbesondere die Steuertarife, Steuersätze und Steuerfreibeträge.		X
4.14.	Das Steuerrechtsverhältnis besteht aus fünf Elementen: Steuerhoheit, Steuersubjekt, Steuerobjekt, Steuerträger und Steuermass.		X
4.15.	Von indirekten Steuern spricht man, wenn Steuerobjekt und Steuerberechnungsgrundlage nicht identisch sind.		X